

## Ecuador

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Rüstungsexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>4</b>
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18
Diversität in den Sicherheitskräften	19

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>20</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	21
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

In den 1990er Jahren beschränkten sich deutsche Rüstungsexporte nach Ecuador weitestgehend auf Dieselmotoren zur Modernisierung italienischer Korvetten und der TNC-45 Patrouillenboote. Seit 2006 hat der Rüstungshandel zugenommen. Unter den gelieferten Rüstungsgütern finden sich vorwiegend Ersatzteile für die Marine, seit 2019 aber auch Großwaffensysteme. Ecuador ist bestrebt, einen Großteil seines alten und teilweise schon gebraucht erworbenen Rüstungsmaterials zu modernisieren und bezog den Großteil seiner Rüstungsgüter in den letzten Jahren aus Deutschland (30 %), den USA und Südkorea. Im Zeitraum von 2020 bis 2024 belegte Deutschland den vordersten Platz der Rüstungslieferanten.

Die ecuadorianische Rüstungsindustrie ist relativ klein. Waffen werden nur sehr vereinzelt in Eigenproduktion hergestellt, beispielsweise die selbst entwickelte 9mm PAME-90 Maschinenpistole. Bis heute bleibt Ecuador von Rüstungslieferungen abhängig, auch wenn seit den 1990er Jahren erfolgreich eigene Kapazitäten zur Wartung und Instandsetzung der eigenen Rüstungsgüter aufgebaut wurden. Das Land möchte sich, wie weitere südamerikanische Staaten, von ausländischen Rüstungskonzernen unabhängiger machen; Rüstungskooperationsvereinbarungen mit anderen Staaten werden daher zum Aufbau eigener Kapazitäten geschlossen und vereinzelt maritime Systeme in Lizenz gefertigt.

Ecuadors Militär ist integraler Bestandteil des Staates und der Gesellschaft. Insgesamt ist das Militär ein starker Akteur im politischen und gesellschaftlichen Leben. Historisch gesehen war das Militär während der Militärherrschaft zwischen 1963 und 1966 sowie zwischen 1972 und 1979 prägend für das Land. Anschließend wurde es zusehends zum Instrument der verschiedenen Regierungen. Zwar gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Demokratisierung des Landes, doch ist es bis heute nicht gelungen, eine umfangreiche und komplette demokratische bzw. parlamentarische Kontrolle des Militärs zu etablieren. Als Ergebnis eines Putschversuchs 2010 veranlasste der damalige Präsident Correa im Oktober des Jahres die Erhöhung der Löhne für die Streitkräfte und die Polizei. Es wird vermutet, dass er sich hierdurch ihre Loyalität sichern wollte.

In den letzten Jahren hat sich die Sicherheitslage in Ecuador drastisch verschlechtert, was vor allem mit der Zunahme der Drogen- und Bandenkriminalität zusammenhängt. Unter dem seit 2023 amtierenden Präsidenten, Daniel Noboa, wird das Militär verstärkt im inneren gegen die organisierte Kriminalität bzw. entsprechende Banden eingesetzt. Zu Beginn des Jahres 2024 rief der Präsident den Kriegszustand gegen 22 Banden aus. Seither kommt es durchaus zu Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte, das harte Vorgehen wird dabei von einem breiten Teil der Gesellschaft befürwortet.

Die ecuadorianische Polizei (National Police) ist formell Teil des Militärs und steht unter Aufsicht des Ministeriums für allgemeine Regierungsangelegenheiten (Ministry of Government). Ihre Organisation ist eng an die hierarchischen Strukturen des Militärs geknüpft. Der/die Präsident:in ist nicht nur Oberbefehlshaber:in des Militärs, sondern übt auch direkte Befehlsgewalt und Kontrolle über die Polizei aus. Der Polizei werden anhaltende Korruption sowie die Verwicklungen weiter Teile des Polizeiapparats in den grassierenden Drogenhandel vorgeworfen. Mängel und Defizite bei der Polizei sowie der daraus resultierende unzureichende Schutz der Bevölkerung führen vermehrt zu Fällen von Selbstjustiz. Betroffen sind insbesondere arme und indigene Bevölkerungsgruppen.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Ecuador ist einem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Im Jahr 2008 beantragte die Regierung in Quito eine Verlängerung zur Minenräumung, welche mittlerweile weitestgehend abgeschlossen ist.

Ecuador ist auch den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Generell sieht die Verfassung den Schutz der grundlegenden Menschenrechte zwar vor, in der Praxis kommt es aber immer wieder zur Missachtung oder gar Verletzung dieser Rechte. So gab es seitens der Regierung immer wieder Versuche, die Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken und zu regulieren. Die politische und soziale Fragmentierung erschwert die Umsetzung von Menschenrechtsstandards und manifestiert soziale Ungleichheit. In Hinblick auf wirtschaftliche Rechte besteht weiterhin eine signifikante Ungleichbehandlung von Frauen. Diskriminiert werden auch indigene Bevölkerungsgruppen und LGBTQIA+ Personen. Seit einigen Jahren eskaliert zudem die offen ausgetragene Gewalt im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität, sodass Ecuador – das lange als eins der sichersten und friedlichsten Länder der Region galt – mittlerweile als eins der gefährlichsten gilt. Die Mordrate hat sich seit 2016 verachtfacht und es kam seit 2023 mehrmals zu Ausnahmeständen, bei denen auch das Militär mobilisiert wurde.

In der Region herrscht eine angespannte politische Situation. Zwar ist die Lage in einigen Staaten als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen Konflikte, Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Zudem war die gesamte Region lange von dem Kampf um regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Insbesondere Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung des Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern und strebt darüber hinaus einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Doch auch viele andere Länder in Lateinamerika haben, besonders zum Beginn des vergangenen Jahrzehnts, beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investiert und zahlreiche neue Waffen beschafft. Zwar konnten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region die Zusammenarbeit stärken, doch haben Waffenkäufe die sicherheitspolitische Kooperation in der Vergangenheit und teilweise bis heute erschwert. Dennoch kann heute konstatiert werden, dass der zu Beginn der vergangenen Dekade angenommene regionale Rüstungswettlauf sich so nicht zeigte.

Weiterhin belasten regionale Konflikte die lateinamerikanischen Staaten: Zwischen Ecuador und Peru bestand ein langanhaltender Grenzkonflikt, der mehrfach zu bewaffneten Konflikten zwischen beiden Staaten geführt hat. Auch Grenzkonflikte mit Kolumbien prägen die ecuadorianische Sicherheitspolitik. Im März 2008 eskalierte die Situation als Kolumbien einen Kommandanten der FARC mit US-amerikanischer Hilfe ortete und tötete. Da die Regierung in Quito vorher über eine solche Aktion nicht informiert wurde, brach sie die Beziehungen zu Kolumbien zeitweise ab und verlegte Truppen an die Grenze. Diplomatische Beziehungen wurden erst wieder im Dezember 2010 aufgenommen.

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen erst in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen, zum anderen die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen herbeizuführen.

Ecuador ist den meisten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Gegenwärtig besteht für Ecuador keine direkte Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus. Der Drogenschmuggel ist mit Abstand das größte Kriminalitätsproblem in Ecuador. Dennoch steigen mit

der Zunahme der organisierten Kriminalität und Bandengewalt auch viele weitere Formen der Kriminalität.

Der Weltbank zufolge zählt Ecuador mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.430 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Die Wirtschaft Ecuadors hatte in den letzten zehn Jahren stark schwankende Wachstumsraten zu verzeichnen (im Durchschnitt zwischen 2015 und 2024 1,1 %) was unter anderem auf volatile Weltmarkt-Ölpreise zurückzuführen ist. Die Exportsektor gilt als wenig diversifiziert und die Wirtschaft insgesamt als unterdurchschnittlich komplex im Hinblick auf das Einkommensniveau des Landes. Mit einem Wert von 0,777 rangiert Ecuador auf Platz 88 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023, was in den HDI-Kategorien einer „hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Die Militärausgaben lagen mit durchschnittlich 2,4 Prozent/BIP (deutlich) unter den Gesundheits- und Bildungsausgaben; der Anteil am BIP ist zudem leicht gesunken von 2,9 Prozent (2013) auf 2,2 Prozent (2024). Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 belegte Ecuador entsprechend nur Platz 87 unter 151 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

**Tabelle 1**

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für U-Boote: 99,0%	0,005
2000	Transportflugzeug: 59,1%; Teile für Torpedos: 16,5%; Teile für Bordnetzschaltanlage: 11,8%	0,17
2001	Transporthubschrauber, Transportflugzeuge: 63,6%; Hydrophone, Teile für Sonaranlagen und Echolotanlagen: 36,4%	0,98
2002	Teile U-Boote: 66,5%; Teile für Feuerleiteinrichtungen von U-Booten: 20,5%	0,44
2003	Teile für U-Boote: 92,2%	1,08
2004	Hydrophongruppe und Kreisel für Kompassanlagen: 68,4%; Bauteile für Torpedos: 31,6%	0,22
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen	0,48
2006	Teile für Korvetten und U-Boote: 92,6%	6,13
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 92,4%	1,5
2008	Teile für U-Boote und Echolotanlagen: 99,7%	7,07
2009	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 70,1%; Laserentfernungsmesser und Teile für Laserentfernungsmesser: 18,7%	3,61
2010	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 88,2%	3,42
2011	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung: 91,0%	1,66
2012	Teile für U-Boote, Sonaranlagen und Echolotanlagen: 99,9%	3,86
2013	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 91,3%	3,42
2014	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 97,4%	0,49
2015	Container: 58,7%; Teile für U-Boote und Fregatten: 27,5%	1,00
2016	Teile für Tauchgeräte: 59,3%; Teile für Fregatten: 40,7%	0,03

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2017	Teile für U-Boote, Fregatten und Korvetten: 89,5%	0,56
2018	LKW und Teile für LKW: 94,9%	1,68
2019	Teile für U-Boote, Korvetten, Kampfschiffe, Schiffe, U-Boot-Dieselmotoren und Unterwasserortungsgeräte: 95,3%	5,32
2020	Mehrzweckschiff (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Korvetten, Mehrzweckschiff: 81,3%	21,42
2021	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 98,8 %	72,37
2022	Teile für U-Boot-Dieselmotoren: 96,5%	0,09
2023	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 100,0%	0,26
2024	Teile für Zielüberwachungssysteme [Luftraumüberwachung]: 100%	0,24

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

### Schaubild 1

#### Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

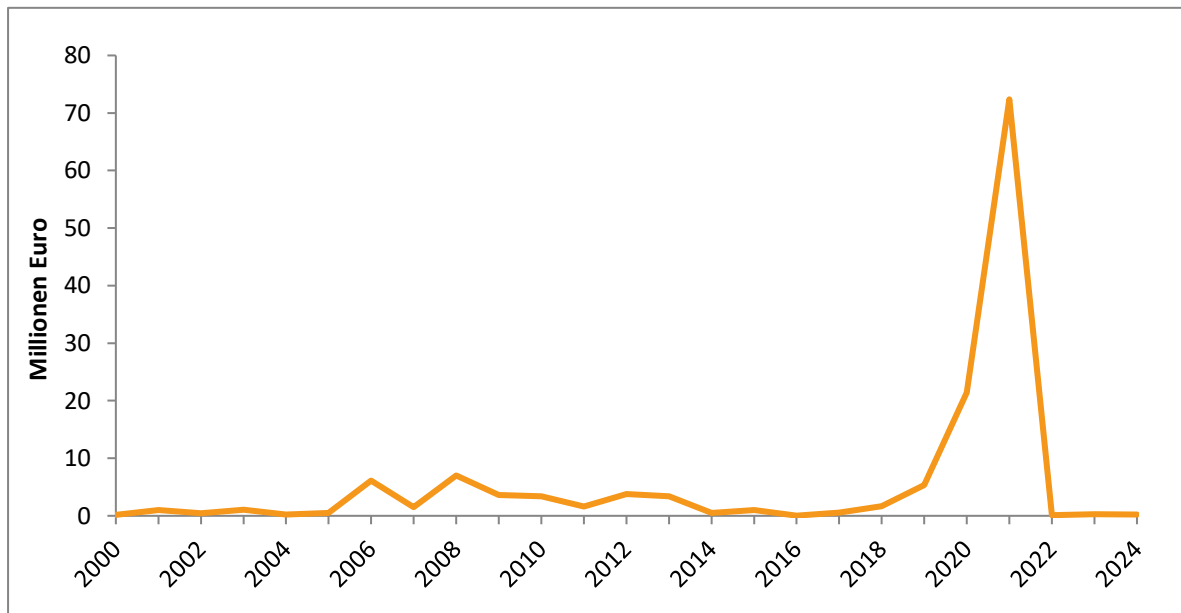


Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Ecuador 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	EC145	Leichte Hubschrauber	2019	2020-2021	6	Neuwertig
8	G-120 TP	Trainingsflugzeuge	2019	2020-2022	8	Neuwertig
1	MPV70 Mk-2	Hochseepatrouillenboot/Transportschiff	2020			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

**Kommentar**

In den 1990er Jahren beschränkten sich deutsche Rüstungsexporte nach Ecuador weitestgehend auf Dieselmotoren zur Modernisierung italienischer Korvetten und der TNC-45 Patrouillenboote. Zwischen 1999 und 2006 hatte Deutschland für Ecuador nur wenig Bedeutung im Rüstungshandel und deutsche Unternehmen lieferten hauptsächlich Ersatzteile. Zwischen 2006 und 2013 hatten sich die Rüstungsexporte nach Ecuador zwar deutlich erhöht, blieben aber insgesamt auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Infolge der ecuadorianischen Anstrengungen, einen Teil der Marine zu modernisieren, lieferte Deutschland überwiegend Unterwasserortungsgeräte sowie Ersatzteile für die drei deutschen TNC-45 Patrouillenboote und zwei deutsche U-Boote. 2018 wurde außerdem der Export von militärischen LKW sowie entsprechenden Ersatzteilen genehmigt. 2019 wurden sechs bewaffnete H145M Hubschrauber von Airbus Helicopters sowie acht G-120 TP Trainingsflugzeuge bestellt, die zwischen 2020 und 2022 ausgeliefert. Darüber hinaus schloss Ecuador mit Deutschland ein Geschäft über 42 Mio. US-Dollar ab, demzufolge ein MPV70 Mk-2 Patrouillenboot in Lizenz in Ecuador produziert werden soll. Dessen Lieferung ist für 2024 angesetzt.

2020 erreichten die Exportgenehmigungen Deutschlands somit mit einem Gesamtwert von 21,4 Millionen Euro einen absoluten Höchststand, welcher 2021 jedoch mit 72,3 Millionen nochmals übertroffen wurde. Deutschland gilt damit seit einigen Jahren als Hauptlieferant für Rüstungstechnologie für Ecuador. 2022 und 2023 lag das finanzielle Volumen der Genehmigungen jedoch wieder bei einem geringeren Umfang von ca. 90.000 bzw. 260.000 Euro. Zuletzt wurde, dem Rüstungsexportbericht 2023 zufolge, Kommunikationsausrüstung sowie Teile dafür geliefert.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Ecuador 2020-2024, Mio. TIV<sup>2</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	21	15	9	7	25	77

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

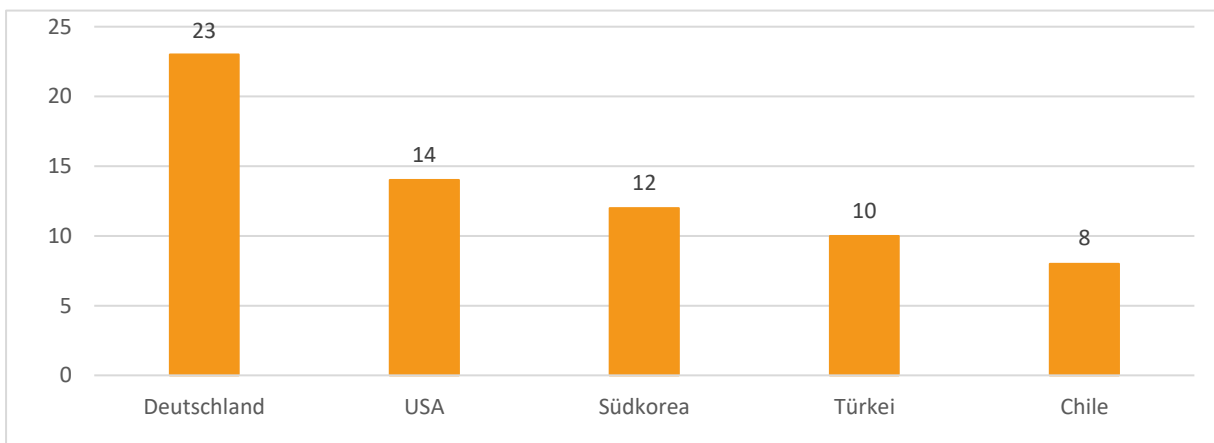
*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Ecuador 2020-2024, Mio. TIV*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	8	14	1	-	-	23

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Schaubild 2**

*Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV*



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

## Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2025) nahm Ecuador zwischen 2020 und 2024 die 95. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Ecuador bezog den Großteil seiner Rüstungsgüter dabei aus Deutschland (30 %), Südkorea (16 %), Chile (10 %), der Türkei (13 %) und der USA (18 %). In der vergangenen Fünfjahresperiode waren auch Polen und Frankreich wichtige Lieferanten, bis zum Jahr 2020 gehörte auch Spanien und bis 2021 auch die Niederlande zu den wichtigsten Rüstungslieferanten.

Ecuador ist bestrebt, einen Großteil seines alten und teilweise schon gebraucht erworbenen Materials zu modernisieren. Die jüngsten Lieferungen von leichten Helikoptern (EC145), Trainingsflugzeugen (G-120TP) sowie das Abkommen über eine Lizenzproduktion eines Offshore-Patrouillenbootes, beförderten Deutschland bereits für den Zeitraum 2018 bis 2022 an die erste Stelle der wichtigsten Rüstungslieferanten für Ecuador.

Südkorea stiftete im Jahr 2020 zwei gebrauchte Haeuri-Patrouillenboote, Chile lieferte in den letzten fünf Jahren ein gebrauchtes Schleppboot (Veritas) und die USA sechs Dieselmotoren (für südafrikanische Mannschaftstransporter), je einen Bell-407 bzw. -430 Helikopter. 2024 lieferten die USA zudem ein C-130H Transportflugzeug. In der Türkei wurden 2023 zudem 200 neuwertige Cobra-2 Mannschaftstransporter geordert, von denen bisher 40 geliefert worden sein sollen.

Aus Polen wurde 2018 ein M28 Skytruck (Leichttransportflugzeug) geliefert. Frankreich lieferte zwischen 2011 und 2018 zwei S-CUBE U-Boot-Radare für die Modernisierung zweier Typ-209 U-Boote sowie elf AS-350/AS-550 (leichte Mehrzweck-Militärhubschrauber). Die Niederlande lieferten zwischen 2012 und 2017 insgesamt sechs Stan Patrol (-2606 und -5009) Patrouillenboote für die Küstenwache, welche in Ecuador produziert bzw. montiert wurden. Spanien lieferte im Zeitraum 2014 bis 2016 drei C-295-Transportflugzeuge und vier Lanza-Radare für den Luftraum, hat seither aber keine großen Waffensysteme mehr nach Ecuador exportiert. Traditionell zählt auch Brasilien zu den wichtigsten Rüstungslieferanten Ecuadors. Allerdings hat dessen Bedeutung in den letzten Jahren abgenommen, nachdem das Land in den Jahren 2010 und 2011 noch 18 EMB-314 Super Tucano Trainings-/Kampfflugzeuge im Wert von 220 Mio. US-Dollar geliefert hatte.

Seit 2014 intensivieren sich außerdem die Beziehungen zu China, nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur militärischen Hilfe. So spendete China 2016 unter anderem 10.000 AK-47-Sturmgewehre, Munition, drei Patrouillenboote und 300 Dieselgeneratoren und weiteres Equipment. 2015 bestellte Ecuador zudem 709 Militärfahrzeuge (bspw. Mehrzweck-LKW, Kleinbusse und Tankwagen) im Wert von 81 Millionen US-Dollar von China.

## Militärausgaben

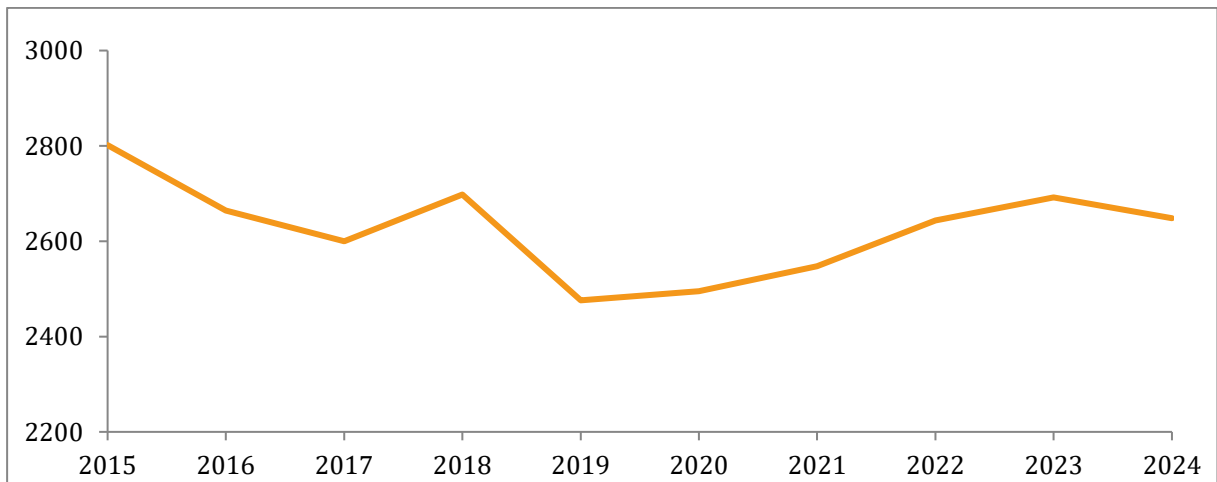
**Tabelle 5**  
**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2495	2548	2644	2692	2648
Anteil am BIP (in Prozent)	2,5	2,2	2,2	2,3	2,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,1	6,0	5,7	5,6	5,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

### Schaubild 3

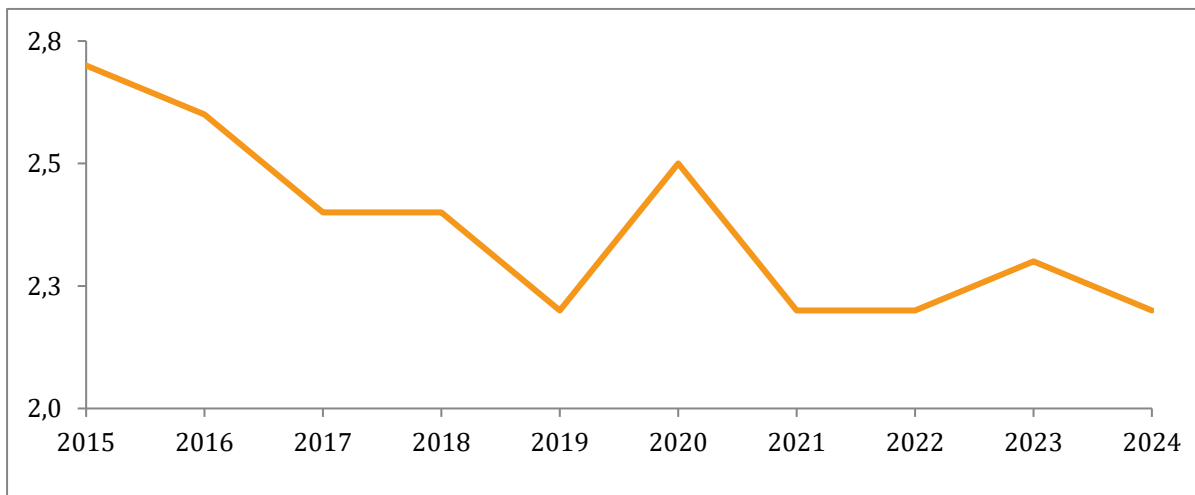
#### Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

### Schaubild 4

#### Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

Die ecuadorianische Rüstungsindustrie ist relativ klein. Waffen – es handelt sich hauptsächlich um Kleinwaffen und Munition – werden nur vereinzelt in Eigenproduktion hergestellt. Unter anderem wird die selbst entwickelte gmm PAME-90 Maschinenpistole in Ecuador produziert und von der ecuadorianischen Armee eingesetzt. Ausrüstungsgegenstände für die Streitkräfte wie Uniformen, Schuhe oder Zelte werden ebenfalls in den heimischen Fabriken produziert. Die meisten dieser Güter werden in Unternehmen hergestellt, die sich im Besitz der ecuadorianischen Armee befinden und vom Amt für Industrie (DINE) koordiniert werden.

Darüber hinaus besteht seit 2014 eine Kooperation mit der niederländischen Damen Group, durch die die ecuadorianische staatliche Werft Astilleros Navales Ecuatorianos (ASTINAVE) eigene Patrouillenboote mit Unterstützung des Vertragspartners herstellt. ASTINAVE baute in den letzten Jahren ihre Fähigkeiten weiter aus und legt 2019 ein Mehrzweckschiff (Projekt Alpha) auf Kiel, welches 2021 ausgeliefert werden sollte. Ob dies geschehen ist, ist bislang unklar. Ein weiteres Mehrzweckschiff auf Basis des MPV70 Design der deutschen Fassmer-Werft sollte 2023 folgen. Stand Februar 2024 ist die Montage aber noch in vollem Gange. Im Dezember 2013 wurden außerdem Planungen bekannt, denen zufolge Ecuador und Belarus zukünftig eine Kooperation im Bereich der Drohnenentwicklung eingehen. Der Fokus sollte hierbei auf unbemannte Luftfahrzeuge für den Grenzschutz liegen. Neuere Informationen hierzu liegen allerdings nicht vor, sodass davon ausgegangen werden muss, dass das Projekt eingestellt wurde.

Bis heute bleibt Ecuador von Rüstungslieferungen abhängig, auch wenn seit den 1990er Jahren erfolgreich eigene Kapazitäten zur Wartung und Instandsetzung der eigenen Rüstungsgüter aufgebaut wurden. Das Land möchte sich, wie weitere südamerikanische Staaten, von ausländischen Rüstungskonzernen unabhängiger machen. Im Jahr 2010 hat die Nationalversammlung eine Verteidigungskooperation mit Brasilien und eine militärisch-technische Zusammenarbeit mit Venezuela vereinbart. Diese haben das Ziel, die eigene Rüstungsindustrie zu stärken und auszubauen. Insbesondere der Technologietransfer sowie gemeinsame Entwicklungen im Rüstungsbereich sind von Interesse. Hinzu kommen ein militär-akademischer Austausch und das gemeinsame technische Training. Überlegungen zu einer verstärkten Kooperation mit dem Iran gibt es seit 2009. Mit iranischer Hilfe soll ebenfalls die Rüstungsindustrie weiter ausgebaut werden. Konkrete Ergebnisse dieses Plans gibt es bislang allerdings ebenso nicht. Vielmehr lässt sich ein Wiederbeleben der Kooperation mit den USA beobachten.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: freiwilliger Wehrdienst

### Box 1

#### ***Gesamtstärke der Streitkräfte***

39.600 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 24.000

Marine: 9.400

Luftwaffe: 6.200

Reserve: 118.000

Paramilitärische Einheiten: 500

Quelle: IISS Military Balance 2025

**Tabelle 6**  
**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	40,2	40,2	40,2	40,2	41,2	41,2	41,2	39,6	39,6
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	2,4	2,4	2,4	2,3	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Die Größe von Ecuadors Streitkräften ist im Verhältnis zu anderen Staaten der Region recht moderat. Der Großteil der Soldat:innen ist im Heer konzentriert. Ebenso ist es der politischen Führung möglich, auf eine Reserve von 118.000 Soldat:innen zurückzugreifen. Ihre primäre Aufgabe liegt in internen Sicherheitsaufgaben. So sind die Streitkräfte etwa im Kontext der venezolanischen Flüchtlingskrise im Norden des Landes sowie in der Aufstands- und Drogenbekämpfung aktiv (siehe nächsten Abschnitt). Hierzu halten sie gemeinsame Übungen mit den Streitkräften Venezuelas, aber auch mit den peruanischen Streitkräften (etwa im Kontext illegalen Bergbaus) sowie den kolumbianischen Streitkräften ab. Auch werden (wieder) zunehmend Übungen mit US-Streitkräften abgehalten. Über die nationalen Verteidigungsaufgaben hinaus nahmen die ecuadorianischen Streitkräfte in der Vergangenheit zudem an der Friedensmission in Haiti (UN-MINUSTAH) oder UNAMID (Sudan) teil. Derzeit partizipieren sie mit insgesamt 10 Soldat:innen an den Friedensmissionen UNMISS (Südsudan), UNISFA (Sudan), MINUSCA (Zentralafrikanische Republik) und MINURSO (Westsahara). Die Fähigkeiten zum eigenständigen Einsatz über die Landesgrenzen hinaus sind allerdings limitiert. Das Equipment aller Streitkräfte altert zunehmend, die Einsatzfähigkeit ist daher insgesamt eingeschränkt. Die Modernisierungsbestrebungen sind dennoch von eher bescheidenem Umfang und konzentrieren sich primär auf gepanzerte Fahrzeuge und Seeraumüberwachung.

Der letzte konventionelle Kampfeinsatz der Streitkräfte war der Cenepa-Krieg mit Peru, der Teil eines größeren Grenzkonfliktes zwischen Peru und Ecuador war. Nach dem kurzen Krieg konnten beide Staaten 1995 einen Waffenstillstand erreichen. Nachdem Kolumbien ein Friedensvertrag mit der FARC abschloss (2017), kündigten die ecuadorianischen Streitkräfte eine Reduzierung der Ausgaben zur Grenzsicherung an.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	25	
Aufklärer	42	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	163	
Artillerie	499	Davon 357 Mörser (81mm), 12 selbst-fahrende und 106 gezogene Ge-schütze
Luftabwehr	240	Zahl der Geschütze; zusätzlich trag-bare Flugabwehrraketen, u. a. <i>Blowpipe</i>
Transportflugzeuge	10	
Ausbildungsflugzeuge	4	
Mehrzweckhubschrauber	30	Davon 13 bewaffnet
Transporthubschrauber	12	

Quelle: IISS *Military Balance 2025*

### Kommentar

Im Jahr 2023 wurde das Heer von 25.650 auf 24.000 Soldat:innen reduziert. Das Heer verfügt trotz verschiedener Waffensysteme über größtenteils einheitliches Equipment. Das teilweise hohe Alter der Gegenstände führt jedoch immer wieder zu Ausfällen. Die Armee verfügt über keinerlei schwere Kampfpanzer und nutzt stattdessen etwa 25 veraltete leichte Kampfpanzer des Typs AMX-13. Diese wurden nur bis 1985 produziert und Ecuadors Bestand bereits 1990 modernisiert. Der Zustand ist demnach ungewiss. Darüber hinaus hat Ecuador eine Flotte von 163 gepanzerten Mannschaftstransportern im Einsatz. Den größten Teil machen dabei 82 Fahrzeuge des Typs AMX-VCI aus, die 1976-1978 aus Frankreich geliefert wurden. Ergänzt werden diese durch 20 Fahrzeuge des Typs M113, die bereits im Jahr 1968 aus den Vereinigten Staaten importiert wurden. Ecuadors Flotte an Aufklärungsfahrzeugen besteht aus brasilianischen Modellen der Typen EE-3 Jararaca (10 Stück) und EE-9 Cascavel (32 Stück), welche 1984 geliefert wurden.

Da das Heer neben der Landesverteidigung auch im Kampf gegen organisierte Kriminalität und den Drogenhandel sowie der Verhinderung illegaler Einwanderung eingesetzt wird, ist das Equipment besonders auf schnell verlegbare Einheiten ausgelegt. Dazu setzt das Heer unter anderem französische As-332B Super Puma Hubschrauber ein. Letztere wurden im Juni 2017 nach einer umfassenden Modernisierung wieder in Betrieb genommen.

Das Schnellfeuergewehr HK33 von Heckler & Koch dient als Standardgewehr bei Spezialeinheiten und Marineinfanterie. Etwa 30.000 Stück wurden 1994 aus England geliefert, weitere 3.000 aus Chile.

Tabelle 8

**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	
Fregatten	2	
Patrouillenboote	9	
Davon Korvetten	6	
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2025

**Box 2****Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

2 Küstenpatrouillenflugzeuge

3 Aufklärungsflugzeuge

3 Ausbildungsflugzeuge

2 Transportflugzeuge

8 Transporthubschrauber

4 Aufklärungsdrohnen

*Marineinfanterie:*

Mehr als 32 Artilleriegeschütze (81mm und 120mm Mörser)

Einige Luftabwehrraketensysteme (u. a. 9K38 Igla)

Quelle: IISS Military Balance 2025

**Kommentar**

Die ecuadorianische Marine ist eine gut strukturierte und trainierte Teilstreitkraft. Sie verfügt wie die anderen Teilstreitkräfte aber über zunehmend alterndes Material. Primäre Aufgaben sind Seeraumüberwachung und der Schutz der Küstengewässer. Unter den ca. 21 Schiffen befinden sich auch zwei deutsche U-Boote der Klasse 209/1300. Beide wurden infolge eines 2008 unterzeichneten Vertrages mit der chilenischen Asmar Werft einer Grundinstandsetzung und Modernisierung unterzogen. Durch diese Modernisierung wurde die Laufzeit der beiden U-Boote um etwa 20 Jahre verlängert. Darüber hinaus verfügt die Marine über zwei Fregatten der Leander Klasse. Diese wurden 2008 gebraucht aus Chile bezogen und sind bereits in die Jahre gekommen. Ähnlich sind auch die sechs Korvetten der Esmeraldas Klasse, die zwischen 1982 und 1984 für 200 Millionen US-Dollar aus Italien importiert wurden, etwas betagter.

Jüngste Anschaffungen und geplante Rüstungskäufe waren stets auf die effektive Bekämpfung des Drogenschmuggels ausgelegt. Hierbei kooperiert die Marine eng mit der US-

Marine. Im Rahmen dieser Kooperation wurden infolge der Vereinbarungen von 2011 auch zwei SH-2G Helikopter im Gesamtwert von etwa 60 Mio. US-Dollar aus den USA geliefert, die besonders zur Bekämpfung von Unterseebooten geeignet sind, da diese verstärkt zum Schmuggel eingesetzt werden (sog. Narco-submarines).

Die Marineflieger können auf zehn Flugzeuge, acht Hubschrauber sowie vier Drohnen zurückgreifen, die alle einsatzbereit sind. Sie unterstützen die Marine, andere Einheiten des Militärs und die Küstenwache bei ihren Operationen. Die Marineinfanterie greift neben der HK 33 auch auf die MP-5 von Heckler & Koch zurück. 2012 kündigte Ex-Präsident Correa weitere Modernisierungsmaßnahmen mit Blick auf die Seestreitkräfte an. Dazu zählten beispielsweise die Beschaffung von zwei Such- und Rettungshelikoptern (SAR), sechs Beechcraft Patrouillenflugzeuge, und möglicherweise Ersatz für zwei raketenbestückte Fregatten. Weitere kleine Schiffe und unbemannte Flugzeuge (UAVs) dienen dem Ausbau des sogenannten Luft-See-Überwachungssystems (Air-Maritime Surveillance System, SVAM). Seit 2017 können die eigens gebauten Hochseepatrouillenboote Isla San Cristobal und Isla Isabela eingesetzt werden, wodurch die Fähigkeiten in der Küstenwache erhöht werden. Im Jahr 2021 sollte zudem eine neues, 80m langes Mehrzweckschiff mit der Bezeichnung Alpha in Dienst gestellt werden, ob dies bisher geschehen ist, ist jedoch unklar. Die Arbeiten dazu begannen im November 2019 auf der ecuadorianischen Astinave Werft. Ein weiteres Mehrzweckschiff soll folgen. Dieses basiert auf dem MPV70 Design der deutschen Fassmer-Werft, wird aber in Ecuador selbst gefertigt.

2021 wurden für die Dschungelbrigade 19 ‚Napo‘ zusätzliche Fluss-Patrouillenboote und Equipment gekauft, um die Grenze nach Kolumbien besser schützen zu können und dort den Schmuggel von Kokain, aber auch illegale Grenzübertritte zu verhindern. 12 dieser Boote stammen aus israelischer Produktion und wurden 2021 durch die Firma Elbit Systems ausgeliefert; die genaue Typenbezeichnung ist jedoch geheim. Im August 2017 wurde zudem ein chinesisches Fischerboot beschlagnahmt, da es in der Ausschließlichen Wirtschaftszone Ecuadors illegal fischte. Dieses wurde von der heimischen ASTINAVE Werft zu einem Unterstützungsschiff umgebaut und 2020 in Dienst gestellt.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	20	Inkl. 7 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	36	Davon 17 kampffähig
Transporthubschrauber	13	
Luftabwehr	52	Zahl der Geschütze, zusätzlich mehr als zehn Punktabwehrsysteme
Raketen	Einige	z. B. Python III und IV

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Kommentar

Insgesamt verfügt die Luftwaffe über Flugzeuge und Hubschrauber aus zahlreichen Ländern. Nach erfolgreichen Kriegseinsätzen in den 1990er Jahren, beschränken sich die heutigen Aufgaben auf den Kampf gegen Drogenanbau/-schmuggel, humanitäre Missionen und Logistikaufgaben in der Amazonasregion.

Insbesondere Anschaffungen wie zwölf Cheetah Kampflugzeuge aus Südafrika (2011/2012), die für veraltete Mirage F1 zum Einsatz kamen, haben zwischenzeitlich zu einer deutlichen Verbesserung der Fähigkeiten der Luftwaffe beigetragen. Im Jahr 2021 wurden die Kampfflugzeuge jedoch überraschenderweise wieder außer Dienst gestellt – eine offizielle Begründung hierfür ist nicht bekannt geworden. Im Jahr 2011 erhielt der kanadische Flugzeugbauer Diamond Aircraft einen Auftrag zum Bau von bis zu zwölf DA20-C1 Trainingsflugzeugen, die 2013 ausgeliefert wurden. Ecuador hat mit dem indischen Rüstungsunternehmen Hindustan Aeronautics Limited (HAL) einen Vertrag über den Kauf von sechs leichten Hubschraubern (Dhruv) in einem Gesamtwert von 51 Millionen US-Dollar abgeschlossen, die 2009 geliefert wurden. Allerdings gab es mit dem Mehrzweckhubschrauber häufig technische Probleme und Zwischenfälle: insgesamt vier der sieben gelieferten Dhruv stürzten ab. Ecuador hat deshalb in Frankreich bis zu neun Hubschrauber des Typs AS550 C3 Fennec der Firma Eurocopter geordert, die bis zum Jahre 2015 geliefert wurden, und den Vertrag mit Hindustan Aeronautics aufgekündigt. Im Jahr 2017 wurden zwei weitere Hubschrauber des gleichen Modells bestellt, die 2019 ausgeliefert wurden. Zusätzlich wurden im Jahr 2019 sechs bewaffnete H145M Hubschrauber bei Airbus Helicopters bestellt. Zwei dieser in Deutschland produzierten Hubschrauber wurden 2020 ausgeliefert und unter der Bezeichnung Cobra bei der Luftwaffe Ecuadors in Dienst gestellt. Deutschland lieferte zudem zwischen 2020 und 2022 acht G-120 TP Trainingsflugzeuge. Seit 2009 betreibt die Luftwaffe Ecuadors zudem vier Drohnen des Typs Heron bzw. Searcher aus israelischer Produktion, welche die Fähigkeiten zu Aufklärung, Überwachung und gezielten Luftschlägen weiter verbessern.

### Box 3

#### *Paramilitärische Einheiten*

*Küstenwache:*

*21 Patrouillenboote*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

### Box 4

#### *Peacekeeping*

*Südsudan (UNMISS): 3 Soldat:innen*

*Sudan (UNISFA): 2 Soldat:innen*

*Westsahara (MINURSO): 3 Soldat:innen*

*Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Ecuadors Militär ist integraler Bestandteil des Staates und der Gesellschaft. Neben den ureigenen Aufgaben, die Sicherheit und Souveränität des Staates nach außen zu schützen, obliegen dem Militär ebenfalls Aufgaben, die Sicherheit und Ordnung im inneren des Staates zu garantieren. Insgesamt ist das Militär ein starker Akteur im politischen und gesellschaftlichen Leben. Historisch gesehen war das Militär während der Militärherrschaft zwischen 1963 und 1966 sowie zwischen 1972 und 1979 die prägende Kraft im Land. Anschließend wurde es zusehends zum Instrument der verschiedenen Regierungen. Zwar gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Demokratisierung des Landes, doch ist es bis heute nicht gelungen, eine vollständige demokratische bzw. parlamentarische Kontrolle des Militärs zu etablieren.

Im Jahr 2000 versuchten Teile des Militärs in seltener Einigung mit indigenen Bevölkerungsgruppen, den damaligen Präsidenten Mahuad aus dem Amt zu putschen. Ältere Offizier:innen stemmten sich jedoch gegen den Plan und ließen den Anführer und zahlreiche junge Offizier:innen verhaften. Im Jahr 2010 kam es zu einem weiteren Putschversuch, als Teile der Nationalpolizei und einige Offizier:innen des Militärs wichtige Einrichtungen des Staates, unter anderem das Parlament, den internationalen Flughafen und die Fernsehstationen, besetzten. Auslöser für den Aufstand waren drastische Lohnkürzungen. Der damalige Präsident Correa, der letztlich von loyalen Militärs und Polizeieinheiten aus dem Krankenhaus befreit wurde, in dem man ihn festgehalten hatte, beschuldigte die Opposition, den Putsch für ihre politischen Motive instrumentalisiert zu haben. Als Ergebnis dieses Drucks veranlasste Correa im Oktober 2010 die Erhöhung der Löhne für die Streitkräfte und die Polizei.

In der langen Zeit der Aufstände und Proteste um das Jahr 2010 herum, sowie den versuchten Umstürzen, übernahm das Militär immer wieder die Kontrolle, agierte jedoch häufig als Vermittler und weniger als Unterdrücker. Das ecuadorianische Militär gilt deshalb als zentraler Akteur des politischen Systems, der häufig eine aktive Rolle übernimmt. In Untersuchungen wird allerdings auch auf die zweifelhafte Akzeptanz innerhalb des Militärs, sich gewählten zivilen Regierungen unterzuordnen, hingewiesen. Es existieren Bedenken, ob das Militär einen demokratischen Konsolidierungsprozess ausreichend unterstützt.

Jenseits dessen ist das Militär über die aktive Rolle in der sozioökonomischen Entwicklung des Landes tief in der Gesellschaft verankert. Zusätzlich zu den Lohnerhöhungen nach dem Putschversuch und zur Sicherstellung der Loyalität des Militärs, übergab der damalige Präsident Correa dem Militär erneut die Kontrolle des staatlichen Erdölproduzenten Petroecuador, der bereits zwischen 2007 und Anfang 2010 von der Marine kontrolliert wurde. Vordergründig wurde diese Entscheidung mit dem Kampf gegen die Korruption begründet. Das Militär unterhält und kontrolliert zusätzlich Unternehmen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, wie etwa dem Tourismus, der Landwirtschaft und dem Abbau natürlicher Ressourcen. In den meisten Fällen ist nur ein Minimum an Transparenz hinsichtlich der Aktivitäten des Militärs gegeben. In einer Umfrage des Latinobarometers (Stand: 2023) gaben 16,7 % der Befragten an, kein Vertrauen in das Militär zu haben; 25,3% hingegen haben demnach ein hohes Vertrauen in die Streitkräfte.

In den vergangenen Jahren hat sich die Sicherheitssituation in Ecuador allerdings dramatisch verschlechtert. Während die Mordraten von 2009 bis 2017 um rund 65 Prozent sanken (von 18,7 auf 5,8), steigen sie seither wieder dramatisch an. Zwischen 2019 und 2024 stieg die Zahl der Tötungsdelikte um 429 Prozent. Andere Quellen verweisen auf einen Anstieg der Mordrate von 5 pro 100.000 Einwohner:innen im Jahr 2017 auf 45 im Jahr 2023. Die Sicherheitssituation wird teilweise auf die Dezentralisierung und Diffusion der Drogenmärkte und -

kriminalität in der Region zurückgeführt, welche unter anderem auf die Auflösung der kolumbianischen FARC-Rebell:innen zurückgeführt wird, welche vorher große Teile des Drogenhandels kontrollierten. Im Mai 2020 verabschiedete das Verteidigungsministerium daher eine Resolution, die dem Militär auch bei nationalen Einsätzen, wie etwa zur Strafverfolgung oder bei Demonstrationen, weitreichende Befugnisse bis hin zum Einsatz tödlicher Gewalt gewähren sollte. Human Rights Watch äußerte angesichts der neuen Befugnisse Bedenken und fürchtete Menschenrechtsverletzungen. Das Verfassungsgericht hat die Resolution im Mai 2021 als verfassungswidrig abgelehnt und eine klare Abgrenzung von militärischen zu polizeilichen Befugnissen gefordert. Mit einer jüngsten Eskalation der Drogen- bzw. Bandenkriminalität und vor dem Hintergrund der seit einigen Jahren erneut steigenden Gewalttaten, erklärte der aktuelle Präsident Daniel Noboa Anfang 2024 allerdings den Kriegszustand gegen entsprechende 22 Banden und diese zu terroristischen Organisationen. Dabei hatte Noboa die Rückendeckung vonseiten des Parlaments sowie großen Teilen der Bevölkerung. Allerdings unterstützte das Parlament auch eine weitgehende Straffreiheit für Streitkräfte und Polizei, sodass die bereits formulierte Besorgnis vor schwerwiegenden Übergriffen aktuell wieder vermehrt im Fokus stehen. Seither soll es, Human Rights Watch zufolge, auch bereits zu außergerichtlichen Tötungen und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte gekommen sein. Zwar konnte durch eine zunehmende Militarisierung der Strafverfolgung die Mordrate zuletzt wieder reduziert werden (bis April 2024 um 27 %), dennoch befindet sich Ecuador in einer ernsten Situation.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Die ecuadorianische Polizei (National Police) ist formal Teil des Militärs und steht unter Aufsicht des Ministeriums für allgemeine Regierungsangelegenheiten (Ministry of Government). Die Funktion der Nationalpolizei ist die Wahrung der öffentlichen Ordnung sowie die Garantie der internen Sicherheit. Ihre Organisation ist eng an die hierarchischen Strukturen des Militärs geknüpft. Der:die Präsident:in ist nicht nur Oberbefehlshaber:in des Militärs, sondern übt auch direkte Befehlsgewalt und Kontrolle über die Polizei aus.

Erhebliche Mängel bestehen innerhalb der Polizei hinsichtlich der Aufklärung von Verbrechen und der allgemeinen Unterstützung der Bevölkerung. Hinzu kommen anhaltende Korruption sowie Verwicklungen weiter Teile der Polizei in den grassierenden Drogenhandel. Darüber hinaus gibt es Berichten zufolge immer wieder Menschenrechtsverletzungen, zu denen unter anderem außergerichtliche Tötungen, unzureichende Zustände in Gefängnissen oder willkürliche Festnahmen gehören. Auch bei Demonstrationen setzt die Polizei oft

unverhältnismäßige Gewalt gegen Demonstrierende ein, so Human Rights Watch. Dazu gehört ebenfalls, dass vielen Häftlingen ein ordentliches Gerichtsverfahren vorenthalten wird. Ferner bestehen Defizite bei der Verfolgung und Aufklärung von Verbrechen, die mutmaßlich von Polizist:innen begangen wurden. Dabei wird häufig deutlich, dass die Unabhängigkeit des Justizsystems nicht immer gewährleistet ist. Mängel und Defizite bei der Polizei sowie der daraus resultierende unzureichende Schutz der Bevölkerung führen vermehrt zu Fällen von Selbstjustiz. Betroffen sind insbesondere arme und indigene Bevölkerungsgruppen.

Mit der jüngsten Gewalteskalation genießen auch Polizeikräfte noch weitergehende Straffreiheit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität (siehe vorheriger Kommentar [„Rolle des Militärs in der Gesellschaft“](#)).

## Diversität in den Sicherheitskräften

Ecuador gewährt Frauen sowie LGBTQIA+-Personen offiziell Zugang zu allen Positionen in Polizei und Streitkräften. In der Polizei ist die institutionelle Verankerung von Genderaspekten allerdings etwas weiter entwickelt als im Militär.

Geschlechtergleichheit und Nichtdiskriminierung sind verfassungsrechtlich verankert und finden sich auch in zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Dokumenten; das Verteidigungsweißbuch von Januar 2019 nennt Geschlechtergerechtigkeit bspw. ausdrücklich als Bestandteil des politischen Verteidigungskonzepts. Auch ist Homosexualität seit Langem entkriminalisiert; Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität ist verboten und gilt seit 2009 nicht mehr als Entlassungsgrund aus den Sicherheitskräften. Der National Plan for Human Security and Peaceful Social Coexistence der Nationalpolizei integriert zudem intersektionale Perspektiven. Im November 2024 wurde erstmals ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 („Women, Peace and Security“) verabschiedet, der die Beteiligung von Frauen in Sicherheitsinstitutionen stärken und geschlechtsspezifische Gewalt adressieren soll.

Trotz dieses normativen Rahmens sind Frauen weiterhin deutlich unterrepräsentiert. 2019 lag ihr Anteil in der Nationalpolizei bei rund 15 Prozent (7.336 von 42.613). In den Streitkräften waren die Werte nochmals erheblich niedriger: etwa 1,7 Prozent in der Armee, 4,3 Prozent in der Marine und 4,2 Prozent in der Luftwaffe. Beim Gefängnispersonal betrug der Frauenanteil 2023 rund 38 Prozent. Auch bei UN-Friedensmissionen ist ihre Präsenz gering; im Dezember 2025 war unter neun entsandten Militärangehörigen eine Frau.

Institutionelle Gender-Strukturen bestehen also, sind jedoch unterschiedlich ausgeprägt. Die Streitkräfte verabschiedeten 2013 bspw. eine Gender-Politik mit dem Ziel, Gleichstellung zu fördern und Diskriminierung vorzubeugen. Verbindliche Zielvorgaben oder anvisierte Quoten – insbesondere für Führungspositionen – existieren jedoch bisher noch nicht. Spezifische Schutzrichtlinien für LGBTQIA+-Angehörige sind nicht gesondert ausgewiesen. Mechanismen gegen sexuelle Belästigung und Missbrauch sind formal vorhanden, aber nur begrenzt institutionalisiert; entsprechende Schulungen sind Teil der Grundausbildung, später jedoch optional und sporadisch. Es gibt aber Gender-Ansprechpersonen, Mutterschutzregelungen (80 Tage bezahlter Urlaub, 10–15 Tage Vaterschaftsurlaub) sowie Kinderbetreuung.

2018 wurde mit María Fernanda Tamayo bspw. erstmals eine Frau in den höchsten Generalsrang der Nationalpolizei befördert. Auf politischer Ebene übernahm mit Lorena Escudero bereits 2007 erstmals eine Frau das Amt der Verteidigungsministerin.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Ecuador ist einem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen beigetreten. Dem Internationalen Waffenhandelsvertrag ist Ecuador bisher allerdings nicht beigetreten.

Seit dem Ende des Grenzkonflikts mit Peru im Jahr 1998 setzte das Land keine Antipersonenminen mehr ein. Insbesondere die Region der Cordillera del Cóndor war jedoch noch lange stark vermint. 2008 beantragte die Regierung daher eine Fristverlängerung für die Minenräumung. Deutschland unterstützte diese Bemühungen, indem es einen Radlader spendete und 2010 an das Generalkommando für Minenräumung der ecuadorianischen Streitkräfte übergab. Der Landmine & Cluster Munition Monitor bewertet Ecuadors Engagement positiv. Ecuador legte wiederholt detaillierte Berichte über das fortbestehende Minenproblem und die Fortschritte bei der Räumung vor, auch wenn es bereits zum fünften Mal eine Verlängerung der endgültigen Räumungsfrist beantragte. Ecuador steht kurz vor der vollständigen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Ottawa-Übereinkommen. Laut Jahresbericht 2023 verblieb lediglich ein kontaminiertes Gebiet von 0,04 km<sup>2</sup> mit schätzungsweise 2.941 Minen. Seit 2016 räumen Peru und Ecuador Minen auch gemeinsam.

Gegen Ecuador bestehen derzeit weder Sanktionen bzw. Waffenembargos der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union.

## Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

**Tabelle 12**

### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Box 5****Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

*Ecuador continues to face high levels of violence, driven by organized crime. President Daniel Noboa's security response has failed to curb violence and has led to increased reports of human rights violations. The government has advanced laws and measures that endanger rights, undermine the independence and security of Constitutional Court judges, and threaten constitutional safeguards. Longstanding structural problems, including limited access to health care and employment, remain largely unaddressed. Ecuador was elected to the UN Human Rights Council for the 2026-2028 term.*

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/ecuador>

**Box 6****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*There was little progress in investigations into enforced disappearances. Security forces cracked down on protests and a new law restricting freedom of association was passed. Detainees continued to face very precarious conditions. In the Amazon region, gas flaring and exploitation of natural resources continued without the consent of Indigenous Peoples. Human rights defenders continued to be at risk. The independence of the judiciary was threatened.*

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/0320/2026/en/>

**Box 7****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für Ecuador auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 37/60

Politische Rechte: 27/40

Gesamtbewertung: Teilweise Frei (64/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

**Box 8****Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

*Ecuador holds regular, competitive elections, but the influence of organized crime and related violence have increased significantly in recent years, affecting the functioning of state institutions and the security of ordinary citizens. Due process violations, attacks on journalists, human rights abuses, and official corruption are ongoing challenges, and the new government of President Daniel Noboa Azín has engaged in practices that further threaten civil liberties.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ecuador/freedom-world/2026>

**Kommentar**

Ecuador ist allen zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Am 11. Juni 2010 ratifizierte das Land als erster Staat weltweit das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Damit ermöglicht Ecuador seinen Bürger:innen, bei Verletzungen dieser Rechte ein internationales, unabhängiges Gremium anzurufen.

Bei der Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen bestehen jedoch erhebliche Defizite. Zwar garantiert die Verfassung den Schutz grundlegender Menschenrechte, in der Praxis berichten internationale Organisationen jedoch regelmäßig über Missachtungen und Verletzungen. Dazu zählen Verstöße gegen die Rechte von Frauen, Kindern (siehe folgenden Kommentar zu Geschlechtsspezifischer Gewalt) und Indigenen, prekäre Haftbedingungen, willkürliche Festnahmen sowie Übergriffe durch Sicherheitskräfte. Insbesondere seit 2021 hat zudem die organisierte Kriminalität stark zugenommen; Drogenbanden tragen Gewalt zunehmend offen und mit wachsender Brutalität aus.

Unter Präsident Rafael Correa (bis 2017) setzte die Regierung außerdem Medien wiederholt verbal und juristisch unter Druck. Strafrechtliche Bestimmungen ermöglichten es, Kritik an Regierung oder Verwaltung mit Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren zu ahnden. Die Regierung versuchte mehrfach, Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken. Unter Präsident Lenín Moreno (2017–2021) entspannte sich das Verhältnis zu privaten Medien zeitweise. Gleichwohl berichten Reporter ohne Grenzen weiterhin über Einschüchterungen und Angriffe auf Journalist:innen sowie Attacken auf Fernseh- und Radiosender. Im Ranking belegte Ecuador meist einen der mittleren Plätze weltweit (seit 2023 Plätze zwischen 80 und 110 von 180 Staaten). Als Beispiel nennt die Organisation die Stürmung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders im Januar 2024, bei der bewaffnete Täter:innen während einer Livesendung Journalist:innen als Geiseln nahmen und bedrohten. Auch das Verhältnis zwischen Regierung und Presse bleibt angespannt.

Seit 2024 verhängte die Regierung mehrfach – teils landesweit – den Ausnahmezustand, zuletzt im Oktober 2024. Der zunächst auf 60 Tage sowie sechs Provinzen und zwei Kantone begrenzte Ausnahmezustand umfasste eine nächtliche Ausgangssperre von 22:00 bis 05:00 Uhr und weitere erhebliche Grundrechtseinschränkungen. Militär und Polizei setzten die Maßnahmen gemeinsam durch. Zwar hob das Verfassungsgericht einzelne frühere Ausnahmezustände auf, dennoch verdeutlichen die wiederholten Notstandsmaßnahmen die dramatische Sicherheitslage. Das Land, das lange als vergleichsweise friedlich galt, zählt inzwischen zu den gewaltträchtigsten Staaten der Region. Die Mordrate stieg von 5,8 pro 100.000 Einwohner:innen im Jahr 2017 bereits bis 2021 auf 13,7 bzw. 25,9 im darauffolgenden Jahr und erreichte 2025 einen Wert von fast 50 pro 100.000 Einwohner:innen. Das entsprach 2025

insgesamt rund 9.100 Morden; allein zwischen Januar und Juni 2025 wurden 504 Kinder getötet. Seit 2016 hat sich die Mordrate damit mehr als verachtfacht.

Präsident Daniel Noboa erklärte 2024 22 kriminelle Gruppen zu Konfliktparteien in einem „internen bewaffneten Konflikt“ und verschärfte den staatlichen Kurs gegen Drogenbanden. Die Gang-Landschaft wird zunehmend fragmentiert. Allein zwischen 2023 und 2024 nahm die Zahl der identifizierbaren Gruppen um mehr als 50 Prozent zu. Zugleich unterwandert organisierte Kriminalität in erheblichem Maße die ohnehin fragilen staatliche Institutionen. Staatliche Sicherheitskräfte verüben bei der Bekämpfung der Kriminalität zunehmend selbst schwere Verbrechen, wie bspw. außergerichtliche Tötungen, Misshandlungen oder Verschwindenlassen von Personen. Am 8. Oktober 2025 wurden bspw. 17 Militärangehörige angeklagt, da sie im Dezember 2024 vier Kinder unrechtmäßig verhaftet hatten und die später tot aufgefunden wurden. Seit 2021 wurden zudem mehr als 500 Häftlinge bei gewalttätigen Ausschreitungen in Gefängnissen getötet. Gefängnisse werden zunehmend von Soldat:innen überwacht (im August 2025 waren in 11 von 34 Gefängnissen Soldat:innen stationiert).

Auch die Unabhängigkeit und Sicherheit des Justizapparates werden mit der sicher verschlechternden Sicherheitssituation aktiv untergraben. Die Regierung organisierte etwa Demonstrationen gegen das Verfassungsgericht, das von hochrangigen Beamt:innen als „Feind des Volkes“ bezeichnet wird.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Ecuador hat zentrale internationale Menschenrechtsabkommen zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (einschließlich Fakultativprotokoll) sowie die Interamerikanische Konvention von Belém do Pará. Dennoch bleibt geschlechtsspezifische Gewalt ein strukturelles und weit verbreitetes Problem. Nach der Nationalen Erhebung zu familiären Beziehungen und Gewalt gegen Frauen (ENVIGMU) von 2019 haben rund 65 % der Frauen im Laufe ihres Lebens mindestens eine Form von Gewalt erfahren. Bereits 2014 berichteten rund 11 % der Frauen von körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch einen Intimpartner innerhalb der vorangegangenen zwölf Monate. Besonders betroffen sind demnach indigene und afro-ecuadorianische Frauen.

Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden 2022 insgesamt 332 Femizide registriert, 2023 waren es 321 Fälle. Die Femizidrate lag 2023 bei etwa 6–7 pro 100.000 Frauen und zählt damit zu den höchsten in Lateinamerika. Der Straftatbestand des Femizids ist seit 2014 ausdrücklich im Strafgesetzbuch verankert. 2018 verabschiedete Ecuador das „Ley Orgánica Integral para Prevenir y Erradicar la Violencia contra las Mujeres“, das physische, psychische, sexuelle, ökonomische, symbolische und politische Gewalt definiert und staatliche Präventions-, Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen vorsieht. Berichte internationaler Organisationen, darunter Human Rights Watch, verweisen weiterhin auf Defizite bei der Umsetzung sowie bei Schutzmaßnahmen und Strafverfolgung.

Im Bereich reproduktiver Rechte entschied das Verfassungsgericht 2021, Schwangerschaftsabbrüche in Fällen von Vergewaltigung zu entkriminalisieren. 2022 wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet; durch ein partielles Veto des damaligen Präsidenten Guillermo Lasso wurden aber restriktivere Umsetzungsbestimmungen eingeführt. Schwangerschaftsabbrüche sind damit weiterhin nur in eng definierten Ausnahmefällen zulässig.

Im Bereich Kinderrechte hat Ecuador relevante internationale Übereinkommen ratifiziert und nationale Gesetze entsprechend angepasst. Gleichwohl bleibt Kinderarbeit ein Problem. Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums arbeiten rund 250.000 Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren (etwa 7 % dieser Altersgruppe), überwiegend im Agrarsektor (rund 86 %), aber auch

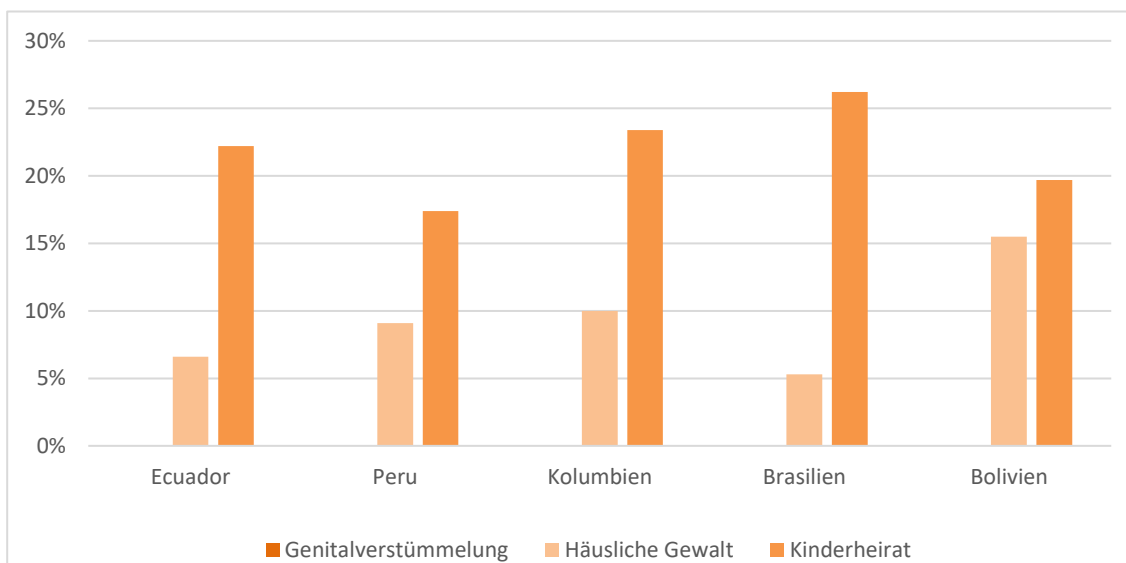
im Bergbau, im informellen Handel und im Dienstleistungssektor. Jungen sind etwas häufiger betroffen als Mädchen. Berichte dokumentieren zudem Fälle von Zwangsarbeit und kommerzieller sexueller Ausbeutung von Kindern – insb. im Zusammenhang mit Menschenhandel. Besonders gefährdet sind Kinder von Migrant:innen und Geflüchteten aus Nachbarländern sowie indigene und afro-ecuadorianische Kinder; erhöhte Risiken bestehen insbesondere in ländlichen und abgelegenen Regionen. Kriminelle Organisationen rekrutieren zudem gezielt und zunehmend Minderjährige im Kontext territorialer Auseinandersetzungen im Drogenhandel.

Kinderheirat ist gesetzlich seit 2015 verboten. Dennoch waren rund 22 % der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren vor Vollendung des 18. Lebensjahres verheiratet oder lebten in einer informellen Partnerschaft.

Auch LGBTQIA+-Personen sind weiterhin Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Die Verfassung von 2008 verbietet Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität; 2019 wurde die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert. Nicht-binäre Menschen werden rechtlich jedoch nicht als solche anerkannt. Menschenrechtsberichte dokumentieren zudem fortbestehende Gewalt, insbesondere gegenüber Transpersonen, sowie Defizite bei Schutzmaßnahmen und strafrechtlicher Aufarbeitung. Im Equality Index erreicht Ecuador damit den 39. Platz weltweit und hinsichtlich Rechte 89 von 100 möglichen Punkten – jedoch bei der gesellschaftlichen Anerkennung lediglich 42 von 100 Punkten.

### Schaubild 5

#### ***Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %***



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 9

#### ***Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung***

*The review period coincides with the beginning of the government of Guillermo Lasso, who assumed the presidency on May 24, 2021. He took office after a polarized run-off election, which he reached only after narrowly defeating the Pachakutik party's third-place candidate in the first round. One consequence of this polarized election is that the parliamentary blocs are highly fragmented, with the groups opposing Lasso's government in the majority. This has made it difficult for the president's public policy proposals to be approved, as they have not received legislative support. Additionally, an opposition-supported constitutional mechanism to reduce the length of the government's term and call for elections was proposed, but this lost by a narrow margin.*

*At first, the government focused on carrying out a successful mass vaccination campaign against COVID-19, which greatly contributed to the initial consolidation of the government, as it demonstrated efficiency in pandemic management – a realm where the preceding Lenín Moreno administration had been disastrous. However, the political and social capital gained by the government thanks to the vaccination efforts quickly dissipated due to setbacks caused by the economic crisis and deficiencies in public services. These setbacks were a result of the government's downsizing process, which was intended to reduce public spending and alleviate the fiscal deficit. [...]*

*One of the government's biggest challenges has been managing the prison crisis caused by criminal organizations primarily involved in drug trafficking, which has had increasingly detrimental effects on state institutions and society more generally. Since May 2021, during Lasso's current presidency, Ecuador has experienced five major prison massacres, resulting in the deaths of 276 individuals. Moreover, there have been over 50 violent incidents of varying severity across different prisons. However, the most severe prison crisis to date started three years ago, in May 2019, when former President Lenín Moreno declared a state of emergency in the country's prisons. The most relevant sociopolitical events during the review period were the protests in various social and political sectors led by the Indigenous movement. Their main objective was the elimination of specific economic measures, particularly the increase in fuel prices. After more than two weeks of protests and at least eight deaths, the conflict was resolved through negotiations involving the government's commitment to address the protesters' concerns. Shortly after the end of the review period, an impeachment trial targeting the president was approved on a weak legal basis. However, Lasso – also on shaky grounds – used the "mutual death" provision in the constitution to dissolve parliament, leading to general elections for the president and parliament and an interim government led by Lasso himself. As his successor, on November 23, 2023, Daniel Noboa took office as President of Ecuador until May 24, 2025.*

*Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/ECU>*

#### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Ecuador 33 von 100 möglichen Punkten (2024: 32 Punkte). Damit erzielte es genauso viele Punkte wie Panama, Serbien oder Thailand. Deutschland erzielte 77 Punkte.

*Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>*

## Spannungen und innere Konflikte

Zwischen der Bevölkerung – insbesondere indigenen Gemeinschaften –, dem Staat und Erdölunternehmen bestehen anhaltende Konflikte über die Verteilung der Gewinne aus der Erdölförderung sowie über Umweltfolgen der Förderung. In der Amazonasregion kommt es daher regelmäßig zu Protesten gegen Erdölkonzerne. Die Demonstrant:innen fordern eine höhere Gewinnbeteiligung, verbindliche Umweltstandards und eine stärkere Förderung regionaler Entwicklungsprojekte durch die Unternehmen.

2022 führten Regierung und indigene Vertreter:innen einen 90-tägigen Dialog, den sie am 14. Oktober 2022 mit mehr als 120 Vereinbarungen abschlossen. Zuvor hatte das Verfassungsgericht entschieden, dass der Staat indigene Gemeinschaften bei Projekten konsultieren muss, die deren Territorien betreffen, und Vorhaben nur in Ausnahmefällen ohne deren Zustimmung genehmigen darf. Im September 2022 verhängte die Regierung ein befristetes Moratorium für betroffene Gebiete, das bis zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Konsultationsverfahren gelten sollte. Die Nationalversammlung hat jedoch bis 2025 kein eigenständiges, abschließendes Gesetz verabschiedet, das die Anforderungen an freie, vorherige und informierte Konsultationen (FPIC) bei Erdöl- und anderen Extraktionsprojekten umfassend und rechtssicher regelt. Stattdessen stützte sich die Exekutive zeitweise auf Dekrete, deren Verfassungsmäßigkeit teilweise gerichtlich beanstandet wurde. Die Nationalversammlung hat stattdessen im Juli 2025 ein umstrittenes Gesetz zu Schutzgebieten verabschiedet, das privaten und auch ausländischen Akteur:innen die Mitverwaltung staatlicher Schutzgebiete erlaubt. Dieses Gesetz stieß auf scharfe Kritik von indigenen Organisationen und Umweltverbänden, weil es ohne hinreichende Konsultation der betroffenen Gemeinschaften verabschiedet wurde und verfassungs- sowie völkerrechtliche Schutzstandards gefährde. Gegen den Gesetzestext wurden bereits verfassungsrechtliche Klagen angekündigt.

Neben diesen Auseinandersetzungen besteht ein weiterer, struktureller Konflikt zwischen Regierung und verschiedenen Oppositionsgruppen. Eine zentrale Rolle spielt die Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors (CONAIE), in der sich zahlreiche indigene Organisationen zusammengeschlossen haben. Die Proteste richten sich gegen Gesetzesinitiativen in den Bereichen Medien, Bergbau, Erdölförderung und Wasserpolitik. Insbesondere Pläne zur Privatisierung der Wasserversorgung lösten umfangreiche Demonstrationen aus. Gleichwohl wurden Teile der Wasserversorgung privatisiert.

Mit der 2008 verabschiedeten Verfassung verfolgte der Staat das Ziel, interne Spannungen institutionell aufzufangen. Die Verfassung stattet das Präsidialamt mit weitreichenden Kompetenzen aus, verankert zugleich aber soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Gleichberechtigung, Umweltschutz, stärkere Bürger:innenbeteiligung, Schutz der nationalen Souveränität, kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, transparente Verwaltung sowie das Recht auf ein „gutes Leben“ (Buen Vivir).

Seit einigen Jahren prägt zudem die organisierte Kriminalität zunehmend die Sicherheitslage. Steigende Mordraten und besonders brutale Gewalttaten im Kontext von Drogen- und Bandenkriminalität sowie deren Konfrontation mit dem Staat verschärfen die Situation deutlich. Insbesondere seit dem Amtsantritt von Präsident Daniel Noboa intensiviert der Staat sein Vorgehen und setzt verstärkt militärische Mittel im Inneren ein. Ecuador entwickelte sich innerhalb weniger Jahre von einem regionalen Stabilitätsanker zu einem der gewaltträchtigsten Länder der Region. Seit 2024 verhängte die Regierung regelmäßig den Ausnahmezustand und bindet das Militär in innere Sicherheitsaufgaben ein (siehe hierzu das [Kapitel zur Achtung der Menschenrechte](#)). Im Global Organized Crime Index 2025 belegte Ecuador Rang 4 von 193 Staaten und lag damit 27 Plätze schlechter als noch in 2021.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Ecuador liegt im Nordwesten Südamerikas und grenzt im Norden an Kolumbien und im Osten sowie im Süden an Peru. Im Westen grenzt das Land an den Pazifischen Ozean. In Ecuador lebten 2024 18 Millionen Menschen. Das heutige Ecuador stand vom 16. bis ins 19. Jahrhundert unter spanischer Kolonialherrschaft.

### Politische Situation in der Region

Die politische Lage in Südamerika bleibt angespannt. Während einige Staaten als relativ stabil gelten, prägen in anderen anhaltende Konflikte, soziale Proteste und politische Umbrüche die Situation. Zu den zentralen Spannungsfeldern zählte über viele Jahre der bewaffnete Konflikt in Kolumbien, aber auch wiederkehrende Krisen zwischen Venezuela und Kolumbien sowie bilaterale Verstimmungen zwischen Bogotá und Quito wegen Grenzverletzungen. Eine Eskalation ereignete sich im September 2015, als Venezuela mehrere Grenzübergänge zu Kolumbien schloss und über 1.000 Kolumbianer:innen auswies. Darüber hinaus bestehen in Südamerika weiterhin ungelöste Grenzfragen.

Die Region war zudem lange von einem Wettbewerb um politische Führungsrollen geprägt. Brasilien und Mexiko haben ihr Verhältnis im Verlauf der letzten Jahre aber stabilisiert. Auch das Verhältnis Brasiliens zu Venezuela verbesserte sich, sodass Präsident Luiz Inácio Lula da Silva eine Vermittlungsrolle im Verhältnis zwischen Caracas und Bogotá anbot. 2022 nahmen Kolumbien und Venezuela diplomatische Beziehungen wieder vollständig auf, die seit 2019 abgebrochen waren. Zugleich untermauert Brasilien seinen Führungsanspruch durch die Modernisierung seiner Streitkräfte und verfolgt weiterhin das Ziel eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

In Kolumbien prägte der jahrzehntelange Konflikt zwischen staatlichen Streitkräften, linken Guerillagruppen und paramilitärischen Akteuren die Sicherheitslage. 2016 unterzeichnete die Regierung ein Friedensabkommen mit den FARC; 2017 begann die Entwaffnung. Das entstandene Machtvakuum nutzten jedoch andere Gruppen, insbesondere die ELN. 2022 nahm die Regierung neue Verhandlungen mit der ELN auf. 2023 vereinbarte sie zudem eine Waffenruhe mit der Estado Mayor Central (EMC), einer FARC-Abspaltung, die das Abkommen von 2016 nicht anerkannt hatte. Weitere Verhandlungen mit der EMC wurden von den Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten, der katholischen Kirche, der EU, Norwegen, der Schweiz, Irland und Venezuela begleitet. Der Friedensprozess bleibt weiterhin fragil: Die EMC, die zuletzt nach eigenen Angaben über 3.000 Kämpferinnen umfasste, ist inzwischen selbst zersplittert, und Waffenruhen gelten teils nur regional oder mit einzelnen Fraktionen. Ein umfassender und dauerhafter Frieden steht weiterhin aus. Der Kokaanbau und der Drogenhandel bleiben zentrale ökonomische Treiber des Konflikts.

Kolumbien behauptete in der Vergangenheit, Ecuador und Venezuela würden Guerillagruppen innerhalb Kolumbiens unterstützen – was beide Regierungen bestritten. Die Beziehungen zwischen Kolumbien und Ecuador wurden 2008 schwer belastet, als die kolumbianische Luftwaffe FARC-Kämpfer:innen auf ecuadorianischem Territorium angriff. Nach diplomatischen Spannungen und einer Klage am Internationalen Strafgerichtshof seitens Ecuador, entschuldigte sich Kolumbien offiziell und räumte einen Bruch des Souveränitätsrechts ein. Ecuador zog daraufhin die eingereichte Klage 2013 zurück.

Zu Beginn der 2010er Jahre diskutierten Beobachter:innen ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten sei. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika zu Beginn der

Dekade beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investierten, zahlreiche neue Waffen kaufen und sich teilweise noch bis heute in Modernisierungsprozessen befinden. Strategische Rüstungskooperationen bestehen etwa zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie Brasilien und Frankreich. Eine defizitäre Informationspolitik und mangelnde Transparenz bei Beschaffungen führten wiederholt zu Misstrauen. Umfangreiche venezolanische Rüstungskäufe Mitte der 2000er Jahre im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar – darunter Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe – wurden insbesondere von Kolumbien als destabilisierend bewertet. Auch die geplante Produktion russischer AK-47 Sturmgewehre in Venezuela stieß auf Kritik, da eine Weiterverbreitung im kolumbianischen Konflikt befürchtet wurde (was angesichts zahlreicher Funde venezolanischer Waffen in Kolumbien naheliegender war). Trotz einzelner vertrauensbildender Maßnahmen erschweren jüngere Beschaffungsvorhaben – etwa in Venezuela, Brasilien oder Chile – weiterhin eine vertiefte sicherheitspolitische Kooperation. Angesichts gemeinsamer Herausforderungen wie Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierter Kriminalität, Geldwäsche und Korruption – Bedrohungen und Herausforderungen, die allein nicht zu lösen sind – bleibt regionale Zusammenarbeit jedoch zentral. Die deutlichen Steigerungen der Verteidigungsausgaben zwischen 2011 und 2014 wurden ab 2015 aber weitgehend durch Kürzungen ausgeglichen. Regionale Trends werden maßgeblich von Brasilien geprägt; mehr als 40 Prozent der Militärausgaben Südamerikas entfallen für gewöhnlich auf das eine Land. Sowohl Brasiliens Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum BIP als auch der regionale Durchschnitt lagen in den vergangenen zehn Jahren unter dem globalen Durchschnitt von etwa 2,1 Prozent des BIP.

Wie sich die wiederholten Bezüge des US-Präsidenten Donald Trump und seiner Administration auf die Monroe-Doktrin – einer im Jahr 1823 proklamierten Außenpolitik, die den amerikanischen Kontinent faktisch als US-Einflusszone definierte – auf die politische Lage in Südamerika auswirken werden, bleibt abzuwarten. Die jüngsten Entwicklungen, einschließlich einer offen interpretierten Neuauflage der Doktrin („Donroe-Doktrin“) im Rahmen der US-Sicherheitsstrategie und ihrer Bezugnahme auf Aktionen gegen den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro – sowie dessen Entführung zu Beginn des Jahres 2026 –, deuten jedoch auf eine mögliche verstärkte US-Einmischung und strategische Einflussnahme in der Region hin, die in Lateinamerika vielfach kritisch bewertet wird. Ziel sei es, einigen Beobachter:innen zufolge, insb. chinesische Einflussnahme in der Region zurückzudrängen und eine erneute US-Dominanz zu etablieren.

## Grenzkonflikte

Zwischen Ecuador und Peru bestand über lange Zeit ein Grenzkonflikt, der immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen führte. Schon im 19. Jahrhundert war der Grenzverlauf ungeklärt, und frühere diplomatische Bemühungen scheiterten mehrfach. Anfang 1981 besetzte die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs, was zu einem militärischen Zwischenfall führte. 1992 einigten sich beide Staaten darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Bereits 1994 mobilisierte Ecuador erneut seine Armee, und im Januar 1995 brach ein Krieg aus. Der Krieg endete formell nach einem Monat, doch erst 1999 unterzeichneten beide Staaten einen endgültigen Friedensvertrag, der die Demarkationslinie anerkannte. Fast zehn Jahre später, im Jahr 2008, erklärten sich beide Seiten bereit, die Minenräumung entlang der ehemals umstrittenen Grenze voranzutreiben – seit 2016 auch gemeinsam. Diese ist mittlerweile fast vollständig abgeschlossen.

Auch die Grenzkonflikte mit Kolumbien waren zuletzt von großer Bedeutung. Die kolumbianische Guerillabewegung FARC verursachte und verschärfte die Spannungen zwischen Ecuador und Kolumbien. Bereits 2004 zerstörte Ecuador drei FARC-Lager, um präventiv

Konflikte auf eigenem Territorium zu verhindern. Kolumbien verletzte mehrfach die ecuadorianische Souveränität, indem es FARC-Rebell:innen auf ecuadorianischem Boden militärisch bekämpfte. Im März 2008 eskalierte die Situation, als Kolumbien den FARC-Kommandanten Raúl Reyes auf ecuadorianischem Territorium lokalisierte und während einer militärischen Aktion tötete, ohne Quito vorher zu informieren. Ecuador brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen ab und verlegte Truppen an die Grenze. Ende 2009 führte die Einrichtung einer binationalen Grenzkommission (Combifron) zu einer deutlichen Verbesserung der politischen Beziehungen, und im Dezember 2010 nahmen beide Staaten die diplomatischen Kontakte wieder auf. Diese Maßnahmen verbesserten auch die Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte entlang der Grenze. So gibt es mittlerweile etwa gemeinsame Alarm- und Informationsaustauschsysteme. Trotz der Fortschritte kommt es weiterhin zu gewaltsamen Zwischenfällen, und die humanitäre Lage bleibt angespannt, da Zivilist:innen immer wieder zwischen die Fronten verschiedener krimineller Banden in der Grenzregion geraten, bspw. in Nariño oder Putumayo.

### **Regionale Rüstungskontrolle**

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt hin zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag anschließend nicht zu weiteren Mechanismen hinsichtlich der konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen um die Jahrtausendwende herum entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention (1998) mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen, zum anderen die OAS Transparency Convention (1999) mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen herbeizuführen.

### **Bedrohung von Alliierten**

#### **Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region**

In Ecuador sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. Lediglich im benachbarten Kolumbien sind derzeit offiziell 50 US-amerikanische Soldat:innen im Rahmen des „US Southern Command“ stationiert. Im vergangenen Jahr (2025) verlegte die Trump-Administration allerdings einige Marineeinheiten und Kampfschiffe in die Region, insb. das Karibische Meer und nahe Venezuelas. Bis zu 15.000 Soldat:innen sollen zeitweise in der Region gewesen sein. Die derzeitige Anzahl ist unklar. Auch wenn der Flugzeugträger USS Gerald R. Ford seit der Entführung Nicolas Maduros wieder abgezogen wurde, verblieben viele kleinere Schiffe in der Region. Auch verüben die US-Streitkräfte weiterhin Luftschläge gegen angebliche Drogenboote (siehe hierzu unseren Länderbericht zu [Venezuela](#)).

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

### **Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen**

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### **Kommentar**

Ecuador ist den meisten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Warum das Land der Internationalen Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 bis heute nicht beigetreten ist, ist unklar. Die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 wurde allerdings auch erst kürzlich, am 07. Februar 2025, ratifiziert.

Ecuador ist derzeit aber keiner übermäßigen direkten Bedrohung durch Terrorismus ausgesetzt. Im November 2010 kam es zu einem missglückten Bombenanschlag auf die Universität von Guayaquil, für den die Popular Combatants Group (PCG) die Verantwortung übernahm. Berichten zufolge finanzierten und bildeten die kolumbianische FARC die Gruppe aus. Die PCG tat sich insb. in den späten 1990er und 2000er Jahren mit Anschlägen hervor, ist seit einigen Jahren aber inaktiv. Im Globalen Terrorismus Index (GTI) von 2025 belegt Ecuador den 55. Platz weltweit – 2024 verzeichnete Ecuador demnach den ersten Todesfall durch Terrorismus seit fünf Jahren. Die Terrorismusbekämpfung im Norden des Landes bzw. in der Grenzregion zu Kolumbien stellte das Land dennoch vor größere sicherheitspolitische Herausforderungen. In Kolumbien starben 2024 dem GTI zufolge 94 Personen durch terroristische Anschläge. Das größere Problem in Ecuador ist aber die Organisierte Kriminalität (siehe folgenden [Kommentar](#), aber auch das Kapitel zur [Achtung der Menschenrechte](#) sowie [Spannungen und innere Konflikte](#)). Zur Drogenbekämpfung – aber auch im „Kampf gegen den Terror“ – leisten die USA seit Jahren Militärhilfe, insbesondere durch verbesserte Ausrüstung der Polizei und anderer Sicherheitskräfte. Über viele Jahre konzentrierte sich die Kooperation darauf, Terrorismus direkt in Kolumbien zu bekämpfen. Trotz dieser Unterstützung bestehen aber weiterhin Defizite, etwa unzureichende Kontrolle über Finanzströme und lückenhafte Ausbildung der Sicherheitskräfte.

Die Regierung in Quito stuft aber zunehmend Personen indigener Bevölkerungsgruppen als Terrorist:innen ein, was strengere Gesetzesanwendungen ermöglicht. Bereits 2010 erhob sie gegen Santi, Präsident der Konföderation der indigenen Bevölkerungsgruppen Ecuadors (CONAIE), Anschuldigungen wegen Terrorismus und Sabotage.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

### ***Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung***

<b>Abkommen</b>	<b>Status</b>	<b>Quelle</b>
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Drogenschmuggel und -handel stellten lange Zeit das mit Abstand größte Kriminalitätsproblem in Ecuador dar. Die Regierung in Quito ist schon lange bestrebt, den Drogenschmuggel und Waffenhandel einzudämmen. Besonders die wirtschaftlich schwachen und sozial benachteiligten nördlichen Provinzen leiden aber zunehmend unter der hohen Kriminalität. Für die Kokaanbaugebiete in Peru und Kolumbien dient Ecuador als zentrales Transitland: Kriminelle Netzwerke schleusen jährlich rund 200 Tonnen Kokain – etwa ein Viertel der gesamten Produktion Perus und Kolumbiens – durch das Land. Das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) reagierte darauf und eröffnete im Mai 2024 ein neues Büro in Ecuador.

Gleichzeitig verschärfen sich die Probleme im Zusammenhang mit organisierter Bandenkriminalität. Kriminelle Gruppen weiten insbesondere den Waffenhandel erheblich aus (siehe hierzu das entsprechende Kapitel „[unerlaubte Wiederausfuhr](#)“). Zudem treiben sie Menschenhandel und -schmuggel, Finanzbetrug, den Vertrieb gefälschter Medikamente, den illegalen Wildtierhandel sowie illegalen Bergbau voran und organisieren zahlreiche weitere illegale Aktivitäten. Auch Geldwäsche entwickelt sich zunehmend zu einem gravierenden Problem. Besonders in Quito zählt sie zu den zentralen Herausforderungen.

Der ehemalige Präsident Rafael Correa maß diesen Entwicklungen hingegen nur begrenzte Priorität bei. Die Financial Action Task Force (FATF) kritisierte wiederholt die unzureichende Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Ecuador. Zwar verabschiedete die Regierung unter Correa im Jahr 2010 neue Gesetze zur Geldwäschebekämpfung, doch erzielten diese nur begrenzte Wirkung. Noch 2024 empfahl bspw. das Center for Strategic and International Studies (CSIS), die entsprechenden Bemühungen deutlich zu intensivieren.

Aufgrund der zunehmenden Eskalation durch Drogengang, organisierte Kriminalität und Bandengewalt in Ecuador – insbesondere seit 2021 – kündigten die USA im Januar 2024 eine

verstärkte Kooperation mit den ecuadorianischen Sicherheitskräften an, unter anderem im Bereich der Aufklärung. Daneben kooperiert Ecuador bilateral mit Peru und Kolumbien sowie bereits länger mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und deren Inter-American Drug Abuse Control Commission (CICAD) sowie dem Inter-American Committee against Terrorism (CICTE) – etwa in den Bereichen Grenzsicherheit, Eindämmung von Finanzierungsmöglichkeiten sowie polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit. Auch mit Interpol und Ameripol sowie der Financial Action Task Force (FATF) bzw. deren Regionalorganisation GAFILAT (Lateinamerika) kooperiert Ecuador.

**Tabelle 15**  
**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### UN-Berichterstattung

Ecuador übermittelte bis 2005, mit Ausnahme einiger Jahre, regelmäßig Berichte zu Rüstungsimporten und -exporten an das Waffenregister der Vereinten Nationen. Seit 2005 wurden aber lediglich im Jahr 2011 sowie im Jahr 2022 weitere Berichte eingereicht. Der Informationsgehalt der eingereichten Berichte ist jedoch dürftig. Im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben wurden lediglich in den Jahren 2001 bis 2006 sowie kürzlich in 2024 Informationen an die UN weitergegeben.

Da das Land dem Arms Trade Treaty noch nicht beigetreten ist, übermittelt es auch nicht im Rahmen dieses Vertrages Daten an die UN. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet Ecuador hingegen regelmäßig, meist im zweijährigen Turnus (zuletzt 2024).

### Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage zur Exportkontrolle und zur entsprechenden Gesetzgebung ist unzureichend. Berichten zufolge führte Ecuador bereits 1963 erste Gesetze zur Rüstungsexportkontrolle ein. Bis kürzlich (November 2024) galt ein 1980 verabschiedetes Gesetz (LEY SOBRE ARMAS, MUNICIONES, EXPLOSIVOS Y ACCESORIOS), das die Regierung von Rafael Correa im Jahr 2009 änderte. Sie verhängte damals vorübergehend ein Einfuhrverbot für Waffen, verdreifachte entsprechende Steuern und untersagte das Tragen von Waffen zur Selbstverteidigung. Im Februar 2012 verbot die Regierung zudem landesweit die handwerkliche Herstellung von Handfeuerwaffen und setzte bestehende Herstellerlizenzen aus. Über die praktische Anwendung dieser Regelungen und ihre konkreten Auswirkungen

veröffentlicht der Staat jedoch kaum Informationen. Berichten zufolge sollen im Mai 2025 noch rund 40 % der konfiszierten Waffen, deren Herkunft nicht genau bestimmt werden kann – insgesamt also rund 25 % der gesamten konfiszierten Waffen – aus illegaler inländischer handwerklicher Produktion stammen. Im Rahmen der Andengemeinschaft unternimmt Ecuador zwar Anstrengungen, um den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen einzudämmen, doch weiterhin gilt das Land als vergleichsweise schwach bei der Kontrolle illegaler Waffenströme.

Studien zufolge gelangen zahlreiche Waffen aus Ecuador in das Nachbarland Kolumbien. Der damalige kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos erklärte 2011, dass Kämpfer:innen der FARC sowie der National Liberation Army (ELN) Waffen – insbesondere Gewehre – erhielten, die aus Ecuador nach Kolumbien geschmuggelt wurden. Die Zahl der illegal nach Kolumbien verbrachten Waffen ist sehr hoch – Beobachter:innen nennen Ecuador wiederholt auch als Transitland für den illegalen Waffenhandel nach Kolumbien. Häufig gelangen Waffen zunächst aus Peru nach Ecuador und werden anschließend weiter nach Kolumbien transportiert. Schmuggler nutzen dabei insbesondere die dicht bewaldeten Grenzregionen sowie Seewege. Darüber hinaus sind aber auch die USA, die Türkei und Europa verbreitete Ursprungsländer bzw. -regionen von Klein- und Leichtwaffen innerhalb Ecuadors.

In den vergangenen Jahren nahm der illegale Handel mit Schusswaffen zudem stark zu; zugleich stiegen die Mordraten erheblich an. Dennoch bzw. deswegen lockerte die Regierung von Guillermo Lasso im Jahr 2023 mehrere Maßnahmen zur Kontrolle von Schusswaffen und hob einzelne zuvor geltende Beschränkungen auf. So senkte sie die Sonderverbrauchssteuer für Schusswaffen und Munition von 300 auf 30 Prozent. Das Gesetz trat im November 2024 in Kraft. Es legt zwar auch allgemeine Anforderungen für die Registrierung, Rückverfolgbarkeit und Genehmigungspflichten für die Verwahrung und den Besitz von Schusswaffen fest – nichtsdestotrotz gilt der illegale Waffenhandel nach wie vor als „blinder Fleck“ der ecuadorianischen Sicherheitspolitik. Behörden gelingt es häufig nicht, die Herkunft beschlagnahmter Waffen zuverlässig nachzuvollziehen. Zudem bestehen Defizite bei der Koordination zwischen Militär, Polizei, Zoll und Justiz. Die Rückverfolgbarkeit ist daher sehr lückenhaft und Datenbanken sind unvollständig oder nicht systematisch vernetzt.

Untersuchungen und Medienberichte zeigen außerdem, dass in den letzten Jahren immer wieder offizielle Polizeiwaffen gestohlen oder veräußert wurden. Allein im Jahr 2022 wurden 221 Waffen aus Beständen der Nationalpolizei entwendet (2020 waren es 25 Stück); 150 hiervon im Mai aus einer Polizeistation in Guayaquil und im Juli 19 Stück aus Portoviejo. Innenminister Patricio Carrillo äußerte den Verdacht eines systematischen Diebstahls innerhalb der Institution. 2023 gab es zudem mehrere Fälle, bei denen Waffen bei Einbrüchen entwendet wurden – auch hier wiesen Indizien auf Mittäterschaft von Angestellten hin. Im Juli 2025 nahmen Ermittler:innen zudem zehn Personen in einer mehrere Bundesstaaten umfassenden Operation (Depuración azul) fest – darunter sechs aktiv im Dienst befindliche und ein pensionierter Polizist – die Waffen aus Polizeilagern an kriminelle Banden weiterverkauft hatten. Hierbei handelte es sich um ein organisiertes Netzwerk. Unter den verkauften Waffen befanden sich auch Waffen, die die USA den Sicherheitskräften gestiftet hatten. Expert:innen halten diese Vorfälle ebenfalls nicht für isolierte Einzelfälle, sondern für systemisch – es fehlt insgesamt an systematischen Bestandskontrollen.

Hinweise auf die offizielle bzw. durch den Staat organisierte Lieferung entgegen geltenden Waffenembargos gibt es allerdings keine.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 10

#### Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

[T]he government made progress in achieving economic equilibrium with the support and financing of multilateral economic organizations. However, the severe economic situation, the new international economic situation marked by the war and the change of the economic cycle in China, and the chronic lack of productivity of the national economy have led to ongoing social discontent.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/ECU>

### Tabelle 16

#### Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

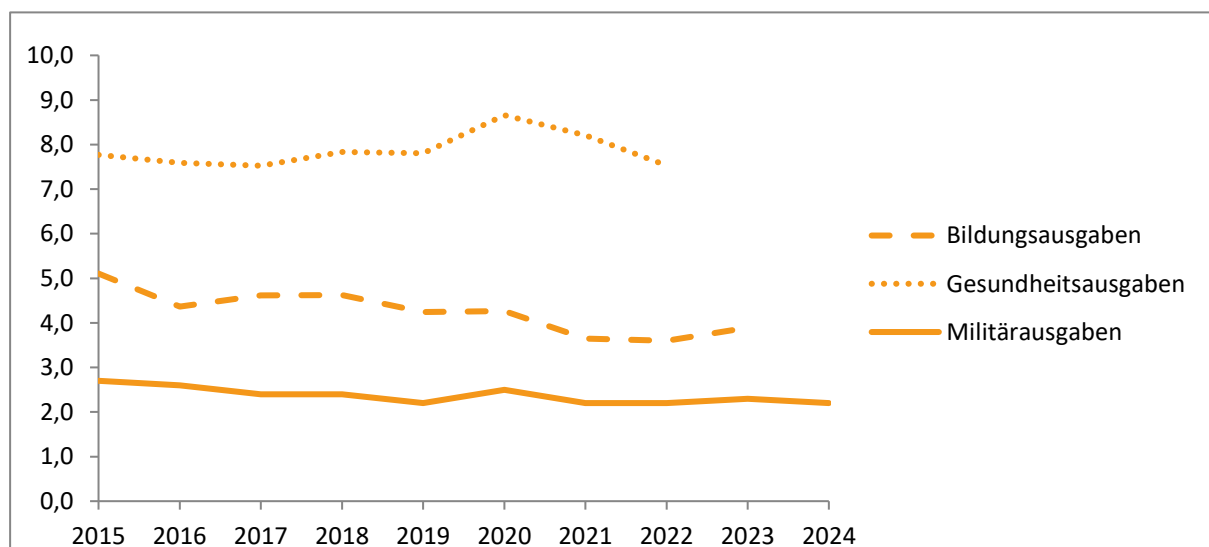
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2495	2548	2644	2692	2648
Militärausgaben/BIP	2,5	2,2	2,2	2,3	2,2
Gesundheitsausgaben/BIP	8,7	8,2	7,5	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,3	3,6	3,6	3,9	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

### Schaubild 6

#### Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

**Tabelle 17****Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	51909	56397	58116	60684	60564
Anteil am BIP (in Prozent)	48,2	58,8	54,2	52,3	50
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	399,7	259,81	208,15	339,47	-
Net ODA (% of GNI)*	0,37	0,27	0,2	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	45,17	33,01	40,11	30,8	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 18****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	92	88	89	90	90
Index-Platzierung	85	88	89	83	87

**Tabelle 19****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Kolumbien	Militarisierungswert	112	104	103	104	110
	Index-Platzierung	58	66	63	69	59
Peru	Militarisierungswert	95	89	90	92	84
	Index-Platzierung	79	86	85	81	94

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	10394	10846	10622	10779	12246
	Militärausgaben/BIP	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4
Peru	Militärausgaben (absolut)	2979	3152	3053	3309	2510
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,2	1,1	1,2	0,9

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,765	0,740	0,753	0,773	0,777
HDI-Wert (Männer)	0,768	0,736	0,751	0,774	0,777
HDI-Wert (Frauen)	0,760	0,745	0,755	0,771	0,776
GDI-Wert	0,991	1,012	1,004	0,996	0,998

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/ECU>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

**Frauen in Wirtschaft und Politik**

Dem Gender Development Index (GDI) zufolge gehört Ecuador mit einem Wert von 0,998 zur Gruppe der Länder mit „sehr hoher“ Gleichheit bei den HDI-Ergebnissen zwischen Frauen und Männern. Dieses aggregierte Entwicklungsmaß verdeckt teilweise fortbestehende strukturelle Ungleichheiten in Wirtschaft und Politik – jedoch fallen diese in Ecuador tatsächlich verhältnismäßig gering aus. In den Pandemie Jahren 2020 und 2021 waren Männer, dem Index zufolge, sogar minimal benachteiligt.

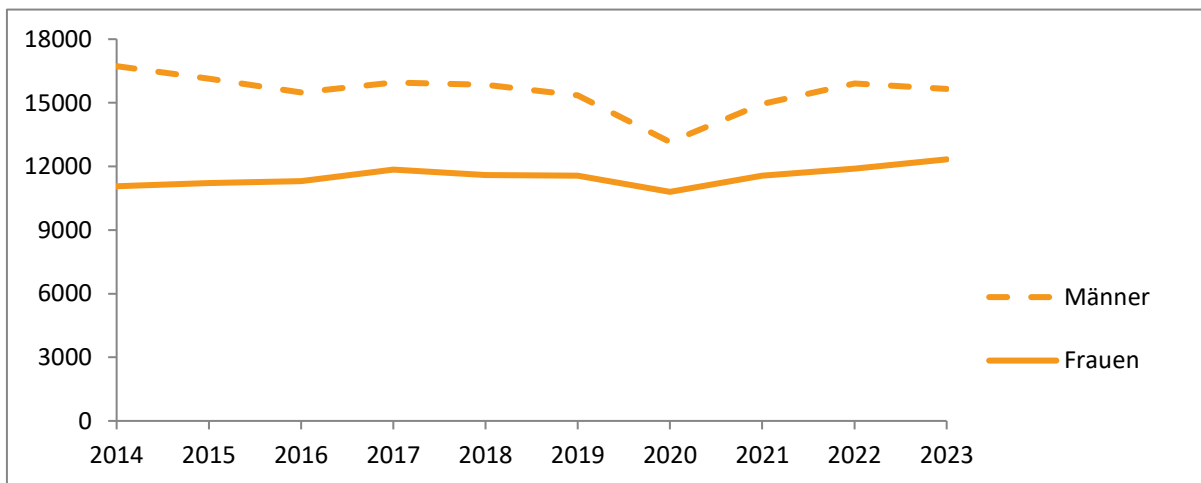
Im Gender Gap Report 2025 belegte Ecuador den 25. Platz von 146 Staaten (Score von 0,774). Insb. im Hinblick auf Bildung und Gesundheit bestehen demnach kaum Ungleichheiten. Größere Ungleichheiten bestehen allerdings hinsichtlich wirtschaftlicher Teilhabe und Chancen sowie politischer Repräsentation. So bleibt die Erwerbsbeteiligung klar hinter Männern zurück. Der Anteil der Erwerbstätigen liegt demnach bei rund 43 % Frauen und 57 % Männer. Zudem verdienen Frauen deutlich schlechter. Laut UNDP lag das geschätzte Bruttonationaleinkommen pro Kopf 2023 für Männer bei 15.649 Dollar (kaufkraftbereinigt), für Frauen bei 12.333 Dollar. Wie folgendem Schaubild zu entnehmen ist, schrumpfte der

Gender Pay Gap in der vergangenen Dekade aber leicht. Die Lebenserwartung ist für Männer rund 5,4 Jahre niedriger. Durchschnittliche Bildungsjahre liegen mit 8,9 (Frauen) bzw. 9,0 Jahren (Männer) fast gleichauf. Zu erwartende Bildungsjahre liegen mittlerweile für Frauen mit 15,4 Jahren sogar ein Jahr höher als für Männer. Frauen arbeiten jedoch auch noch etwas häufiger im informellen Sektor.

In Führungspositionen zeigen sich ebenfalls Unterschiede: 22,9 % der Unternehmen verfügen über weibliche Top-Managerinnen, 20,3 % befinden sich mehrheitlich im Besitz von Frauen. Auch in der Politik sind Frauen unterrepräsentiert – wenn auch deutlich weniger: 2025 waren 42,1 % (bzw. 8 von 19) Ministerien weiblich besetzt. Damit schafft es Ecuador weltweit immerhin auf Platz 22. In der Nationalversammlung waren 59 von 137 Abgeordneten weiblich (43,1 %).

### Schaubild 7

#### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index ; [Specific country data](#) | [Human Development Reports](#)

#### Zusammenfassung Kriterium 8:

Der Weltbank zufolge zählt Ecuador mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.430 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Die Wirtschaft Ecuadors hatte in den letzten zehn Jahren stark schwankende Wachstumsraten zu verzeichnen (im Durchschnitt zwischen 2015 und 2024 1,1 %) was unter anderem auf volatile Weltmarkt-Ölpreise zurückzuführen ist. Die Exportsektor gilt als wenig diversifiziert und die Wirtschaft insgesamt als unterdurchschnittlich komplex im Hinblick auf das Einkommensniveau des Landes. Mit einem Wert von 0,777 rangiert Ecuador auf Platz 88 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023, was in den HDI-Kategorien einer „hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Die Militärausgaben lagen mit durchschnittlich 2,4 Prozent/BIP (deutlich) unter den Gesundheits- und Bildungsausgaben; der Anteil am BIP ist zudem leicht gesunken von 2,9 Prozent (2013) auf 2,2 Prozent (2024). Auf dem Globalen Militarierungsindex (GMI) 2025 belegte Ecuador entsprechend nur Platz 87 unter 151 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

## Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.430 US-Dollar gehört Ecuador der Weltbank nach zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2023 50 %. Aktuell schuldet Ecuador dem Internationalen Währungsfonds (IWF) rund 7,2 Mrd. US-Dollar. Zuletzt gewährte der IWF im Oktober 2025 eine Auszahlung über 600 Millionen US-Dollar.

Die Wirtschaft Ecuadors hatte in den letzten zehn Jahren stark schwankende Wachstumsraten zu verzeichnen (im Durchschnitt zwischen 2015 und 2024 1,1 %) was unter anderem auf volatile Weltmarkt-Ölpreise zurückzuführen ist. Insb. die COVID-19-Pandemie hat die ecuadorianische Wirtschaft 2020 hart getroffen (-9,2 %); 2021 wuchs das BIP allerdings um 9,4 Prozent, 2022 um 5,9 und 2023 um 2,0 Prozent. 2024 verzeichnete das Land allerdings erneut eine Schrumpfung (um 2,0 %). Die ecuadorianische Wirtschaft weist fiskalische Schwachstellen auf – daher gewährte der IWF im Mai 2024 ein „Extended Fund Facility (EFF)-Programm“ zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen. Ecuador reduzierte in dessen Zuge sein Haushaltsdefizit von 3,4 % (2023) auf 1,3 % (2024). Unter anderem wurde im Zuge des Programms auch die Mehrwertsteuer von 12 auf 15 % angehoben und Benzinsubventionen aufgehoben.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei machten 2024 9,5 Prozent am BIP aus – damit liegt der Wert vergleichbar hoch wie im Jahr 2002. Der Anteil der ecuadorianischen Beschäftigten in der Landwirtschaft ist der International Labour Organization (ILO) zufolge zudem seit 2014 (25 Prozent) kontinuierlich gestiegen und belief sich 2021 auf 32 Prozent, während der Anteil jener in der Industrie insgesamt auf 17 Prozent (2021) gesunken ist. Entsprechend sank auch der Anteil an der Wirtschaftsleistung durch die Industrie (inkl. Baugewerbe), von 36 % im Jahr 2014 auf 26,5 % in 2024. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Wirtschaftsleistung ist mit 57 % sehr hoch, das Verarbeitende Gewerbe mit 13 % recht niedrig. Der Anteil der aus der Rohstoffförderung erzielten Renten am BIP lag 2024 bei 6,7 % - der Export von Gütern und Dienstleistungen ist mit 30,3 % ein ausgesprochen wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die Exportsektor gilt allerdings als wenig diversifiziert und die Wirtschaft insgesamt als unterdurchschnittlich komplex im Hinblick auf das Einkommensniveau des Landes. Da über 30 % der Exporte allein auf Mineralstoffe (vor allem Rohöl) und mehr als 37 % auf landwirtschaftliche Erzeugnisse (insb. Krustentiere, Bananen und Kakaobohnen) entfallen, weist Ecuador eine recht hohe Abhängigkeit von diesen beiden Sektoren auf. Weitere wirtschaftliche Vulnerabilitäten stellen insb. die sich verschlechternde Sicherheitslage sowie der hohe Anteil an informeller Arbeit – mehr als 50 % – dar.

## Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,777 rangiert Ecuador auf Platz 88 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023, was in den HDI-Kategorien einer „hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Damit liegt es hinter den Nachbarländern Peru (Rang 79) und Kolumbien (Rang 83), die ebenfalls eine „hohe menschliche Entwicklung“ verzeichnen. Zum Vergleich: Deutschland liegt 2023 auf dem fünften Platz.

Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug zuletzt (2021) lediglich 0,2 Prozent – eine Abhängigkeit besteht hier demnach nicht. Die Arbeitslosigkeit betrug in den letzten 15 Jahren zwischen 3,1 Prozent und 4,6 Prozent – eine Ausnahme bildet das Jahr 2020, als sie bedingt durch die COVID-19-Pandemie auf 6,1 Prozent kletterte. 2024 lag sie aber wieder bei moderaten 3,5 Prozent. – dies ist kein bedenklicher Anteil. Die Jugendarbeitslosigkeit lag 2024 bei 8,6 Prozent,

nachdem sie durch die Pandemie auf 11,1 Prozent (2020) angestiegen war, was ebenfalls ein niedriger Wert ist. Allerdings arbeitet mehr als die Hälfte der Bevölkerung im informellen Sektor. Armutsraten sind daher durchaus bedenklich hoch: 2024 lebten 7,3 % der Bevölkerung von unter drei Dollar am Tag – der internationalen Armutsgrenze – und damit in „extremer Armut“. Von 8,30 Dollar am Tag – der Armutsgrenze für „upper-middle income countries“ – lebten 2014 13 %. Besonders betroffen von der Armut sind indigene Bevölkerungsgruppen im Norden des Landes. Dem Sustainable Development Report zufolge steht Ecuador damit hinsichtlich Sustainable Development Goal (SDG) 1 („no poverty“) noch vor großen Herausforderungen. Hinsichtlich SDG 2 („zero hunger“) steht es sogar vor erheblichen Herausforderungen, besonders der Indikator zu Unterernährung verzeichnet einen sich verschlechternden Score. Außerdem steht es vor erheblichen Herausforderungen in Hinblick auf SDG 10 („reduced inequalities“). Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielt Ecuador einen Gini-Koeffizienten von 45,2 (2024), was als bedenklich zu bewerten ist. Insgesamt ist Ecuador bei sechs Zielen auf einem schlechten Status Quo – kein Ziel gilt als erfüllt und nur bei zwei Zielen (Gender Equality und Sauberes Wasser) sind die Fortschritte groß genug, damit die Ziele noch bis 2030 erreicht werden können.

Die Bildungsausgaben gemessen am BIP lagen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,3 Prozent. Sie sind zudem gesunken und lagen 2023 bei 3,6 Prozent/BIP (2014 noch bei 5,1 %). Im Bildungsbereich gibt es insgesamt ein gutes Infrastrukturnetz an Schulen und Universitäten. Die Alphabetisierungsquote ist mit rund 96 Prozent (2022) hoch und es existieren gute Zugangsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu Bildungseinrichtungen unabhängig von ihrer Herkunft. In der Gesundheitsversorgung existiert hingegen eine relative Ungleichbehandlung abhängig vom wirtschaftlichen Status. Indigene Bevölkerungsgruppen sind direkt von Armut bedroht und haben somit durch ihre wirtschaftlichen Nachteile oft nur Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem, das als ineffizient gilt. Die Gesundheitsausgaben beliefen sich im letzten Jahrzehnt auf durchschnittlich 7,9 Prozent am BIP. 2022 gab Ecuador 7,5 Prozent/BIP für sein Gesundheitssystem aus. Die Militärausgaben lagen mit durchschnittlich 2,4 Prozent/BIP (deutlich) unter den Gesundheits- und Bildungsausgaben; der Anteil am BIP ist zudem leicht gesunken von 2,9 Prozent (2013) auf 2,2 Prozent (2024). Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 belegte Ecuador entsprechend nur Platz 87 unter 151 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

